

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Wort und Bild'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzahl 10 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 18. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das Geschenk an die Ruhrindustriellen.

Betretenes Schweigen der Rechtspresse. — Kritik an der Verteidigungsschrift.

Es ist eine alte Wahrheit, daß man Bilanzen zwar frisieren, aber nicht auf die Dauer fälschen kann.

Die schwerindustrielle Presse, die sonst so standallüstern ist, hat nach ihrer anfänglichen Befriedigung über die Regierungsverteidigung die Sprache verloren.

Durch nichts zu rechtfertigen ist jedenfalls die Tatsache, daß das Parlament bei der Ausschüttung der gewaltigen Summen nicht gefragt worden ist.

Höchst überflüssig ist es, wenn ein Blatt darauf verweist, daß sich die Kritik der Ruhrerschädigung ja gegen das Kabinett Marx richte.

Die Rechtsparteien und ihre Steigbügelhalter trifft die volle Verantwortung für den gewaltigen Raub am Volke — darüber gibt es keine Täuschung.

Vergebliche Bemäntelung.

Die ungeheuerliche Ungerechtigkeit, die bei der Ruhrerschädigung den kleineren Opfern der Besetzung zugefügt wurde...

Schon durch diese Einstellung hat sich, wenn man die Gesamtschäden betrachtet, eine bevorzugte Behandlung der Schwerindustrie ergeben.

Die Regierungsdenkschrift tut sich viel darauf zugute, daß das Reich angeblich durch die rasche Zahlung an die Schwerindustrie große Summen erspart habe.

In Wirklichkeit hat die Regierung nichts erwirkt, was nicht bei der Bekanntmachung vom 10. Dezember 1924 niedergelegt

allgemeinen Entschädigungsnormen entsprach. In dieser Bekanntmachung über Ruhrschäden war nämlich bestimmt, daß von den festgesetzten Entschädigungen 5000 Reichsmark voll plus 75 Proz. des Restes ausgezahlt werden sollten.

Schließlich wird noch mit Recht darauf verwiesen, daß auf die Entschädigungszahlungen Steuern angerechnet worden sind, wobei sich die Frage aufwirft, zu welchen Goldkursen die Steuerrückstände verrechnet wurden.

Wo immer man die Denkschrift ansieht, überall kommt man zu dem gleichen Ergebnis, es ist mehr verschwiegen und bemäntelt als erklärt worden.

Noch einmal: der Stinnes-Brief.

Die 'Zeit' findet für die sachlichen Einwendungen, die wir gegen die Denkschrift machen mußten, selbstverständlich keinen Raum.

Ein Beschluß, die Sachleistungen für die Reparationen nicht zu bezahlen, hat nach einmütiger Auffassung der Konferenz die endgültige Abschätzung des Rhein- und Ruhrgebietes...

Das arbeitende Volk an Rhein und Ruhr, welches jahrelang unerhörte Opfer gebracht hat, wird es nicht verstehen, wenn die Reichsregierung nicht alle Mittel bis zum äußersten erschöpft, diese Abtrennung mit ihren Folgen zu verhindern.

In dem Begleitbrief wird überdies ausgeführt, daß eine andere Entscheidung, wie die von uns vorgeschlagene, zu unbeschreiblichem Chaos im Ruhrgebiet, zum Bürgerkrieg in Deutschland führen müßte...

Man erkennt deutlich: Die Bergarbeiter wollten vor der ungeheuren Gefahr warnen, die die von dem damaligen Innenminister Jarres unterstützte Verfassungspolitik naturnotwendig herbeiführen mußte.

Was aber macht Hugo Stinnes daraus? Aus der Warnung wird in seinem Munde die unverhüllte Drohung mit dem Abhollen des Rhein- und Ruhrgebietes.

Einen moralischen Druck will also der Bergbauische Verein nicht ausüben. Im nächsten Absatz aber schon heißt es:

Ich wiederhole die gestern mehrfach ausgesprochene Bitte um eine klare eindeutige Entscheidung. Die Bergarbeiter an Rhein und Ruhr und wir müssen wissen, ob die Regierung alle Reparationslieferungen, insbesondere die Kohlenlieferungen, ablehnt.

Was sich nun die Wiedergabe des Stinneschen Diktates als alles andere darstellt wie als eine Fälschung, wird jeder zugeben müssen.

Das ohne Bewilligung des Reichstages unter der Hand erfolgte Herabgabe einer Summe von mehreren hundert Millionen Reichsmark an die Großindustrie des alt- und neubefetzten Gebietes...

Schreiende Ungerechtigkeit.

Ruhrgelder, Steuerjagotage und Ausgewiesenenfürsorge.

Aus dem besagten Gebiet wird uns geschrieben: Die ohne Bewilligung des Reichstages unter der Hand erfolgte Herabgabe einer Summe von mehreren hundert Millionen Reichsmark...

Wir empfehlen daher den sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des Landtages, von den Regierungen folgenden Nachweis unverzüglich zu verlangen:

1. In welchem Umfange sich die Großindustrie des alt- und neubefetzten Gebietes den Steuerpflichtigkeiten nach Umstellung auf Goldsteuer dadurch entzogen hat...

2. Ob, nachdem das preussische Oberverwaltungsgericht in einer bemerkenswerten Entscheidung diese Rechtsauffassung der Steuerpflichtigen als abwegig gekennzeichnet hat...

3. Ob und in welchem Umfange den großindustriellen Betrieben des alt- und neubefetzten Gebietes aus irgendwelchen Gründen Steuervergünstigungen zu teil geworden sind...

Eine wahrheitsgemäße Darstellung wird überraschende Tatsachen zu Tage fördern und den Beweis erbringen, in welcher struppelosen Weise das deutsche Großkapital alle nur erdenklichen Mittel anwendet...

Zu diesen generellen Methoden des Reichsfinanzministeriums im Gegensatz aber stehen die Kleinlichkeit und Engherzigkeit der Behandlung derjenigen Bevölkerungsteile...

die feinerzeit aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen wurden. Sie wurden nicht nur bei der Eisenbahnverwaltung — die ja kein Reichshoheitsunternehmen mehr ist — in erheblichem Umfang abgebaut oder mit kurzer Kündigungsfrist aus dem Arbeitsverhältnis entlassen, sondern erfahren auch sonst fast täglich, wie wenig Fürsorge ihnen zuteil wird. Ganz unzulängliche Beiträge sind zur Wohnungsbeschaffung zur Verfügung gestellt worden, alle weitergehenden Anträge der Kommunen, in die Ausgewiesene zurückströmen, wurden unter Hinweis auf die schlechte Finanzlage des Reiches abgelehnt und in der Hauptsache nur Baroden zur Verfügung gestellt, die den Ausgewiesenen als ein hohes Erscheinen, wenn sie an die gemachten Versprechungen denken. Die direkte Fürsorge ist in oft fählicher Weise auf bürokratische Behandlung der einzelnen „Fälle“ abgestellt und die Akten des Fürsorgeamtes für Beamte aus den Grenzgebieten können von dem Mißmut, der ausgesprochenen Erbitterung und der Empörung vieler Ausgewiesener zeugen. Fast jeder Ausgewiesene, sei es, daß er bereits in die Heimat zurückgekehrt ist, sei es, daß er noch wegen des Mangels einer Wohnung an der Heimkehr der Familie gehindert ist, kann ein Lied von dieser „Fürsorge“ singen. Ist doch eben erst ein neuer Erlass des preussischen Finanzministers bekannt geworden, wonach mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen ab 15. Januar die Zahlung der Beihilfen an die Personen eingestellt wird, die im besetzten Gebiet wieder in ihrem Amt tätig sind, deren Familien aber noch wegen des Wohnungsmangels im unbesetzten Deutschland an ihrem Aufenthaltsort leben müssen. Diese Maßregel trifft Beamte mit kleinem Einkommen besonders hart und ist ohne jede innere Berechtigung getroffen, aber wo es sich nur um die misera plebs handelt, vertragen die Staatsfinanzen keine Belastung, denn dann würden vielleicht die großen Almosenempfänger nicht ganz so gut abfinden.

Die Auslandspresse über den Ruhrskandal.

Genf, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die gesamte Schweizer Presse kritisiert die Denkschrift der deutschen Regierung über die Ruhrbesetzung, die sie als Skandal und Raub am Volke bezeichnet. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, es wäre ein unerhörtes Unrecht, dem deutschen Volke zumuten, neben den direkten Lasten der Ruhrbesetzung noch die Bürde unkontrollierbarer Kisenenschädigungen für schwerkontrollierbare „Opfer“ einer kleinen Schicht der Ruhrbevölkerung auf sich zu nehmen. Nicht des deutschen Parlaments und der Regierung sei es, in aller Öffentlichkeit eine Abrechnung über dieses beschämende Kapitel aus der Ruhrkampf-Finanzierung vorzulegen. Das gleiche Recht aller deutschen Staatsbürger vor dem Fiskus sei wiederherzustellen. Wenn es nicht gelänge, die Ausmünzung der Ruhrbesetzung durch eine kleine Kapitalistengruppe zu verhindern, bleibe das Ruhrgebiet noch lange und nicht nur wegen der französischen Besetzung eine eiernde Wunde am deutschen Volkstörper.

Paris, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Presse hat bisher nur kurze Auszüge aus der von der deutschen Regierung veröffentlichten Denkschrift über die Millionenpende an die Ruhrindustrie gebracht. In den Besprechungen der Denkschrift kommt jedoch das Erwähnen darüber zum Ausdruck, daß in der deutschen öffentlichen Meinung die Entrüstung über diesen Finanzskandal bisher nicht schärfere Formen angenommen hat. Das wird zu einem Teile darauf zurückgeführt, daß das deutsche Volk durch die zahllosen Enthaltungen der letzten Wochen abgestumpft ist. Reichsweit wird auch die Auffassung laut, daß die Rechtspresse in Deutschland in der politischen Ausbeutung der verschiedenen Finanzlandsgeschlechter und vor allem in Kupferlöcher ist als die Organe der Mächte. Wenn auch die Stellung des Kabinetts Luther schwer erschüttert sei, meint die „Information“, so lasse sich unter diesen Umständen doch noch keineswegs voraussagen, ob es darüber stürzen werde, wie dies in jedem anderen Lande mit einer so schwer kompromittierten Regierung der Fall sein würde.

Heute Marx' Regierungserklärung.

Das neue Ministerium.

Im Preussischen Landtag wird der frühere Reichskanzler, der Führer der Zentrumsparlei, Dr. Marx, heute sein Kabinett mit einer Regierungserklärung vorstellen. Die Annahme der Wahl zum Ministerpräsidenten durch Dr. Marx

stieß die Rechtsparteien vor eine ihnen zweifellos unangenehme Situation. Zwar verbreitet eine Korrespondenz die Nachricht, daß „die Oppositionsparteien“ die Bildung der Regierung durch Dr. Marx als eine „Provokation“ empfänden müßten und ihren Sturz mit allen verfassungsmäßigen Mitteln betreiben würden. Sollte diese Korrespondenznachricht sozusagen oppositionellen Charakter tragen, so müßte man fragen, wer „die Oppositionsparteien“ sind: Rechtsparteien und Kommunisten oder nur die Rechtsparteien? Jedenfalls werden sich die Rechtsparteien darüber im klaren sein, daß ihre Versuche, wie sie auch ausgehen mögen, zu keinem Ziele führen können. Mit einem gegen den Minister des Innern Severing eingebrachten Mißtrauensantrag werden sie keinen Erfolg haben. Das Ministerium wird sich mit Severing solidarisch erklären und sein Rücktritt wird nur die wiedererfolgte Reuwahl von Marx zum Ministerpräsidenten zur Folge haben. Die Krisenmacher werden ihr Ziel nicht erreichen.

Die preussische Regierung legt sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Marx (Z.), Ministerpräsident, Severing (Soz.), Innenminister, Dr. Höpfer (Soz.), Handelsminister, Dr. Steiger (Z.), Landwirtschaftsminister, Dr. Becker (Dem.), Kultusminister, Am Zehnhoff (Z.), Justizminister, Hirtleser (Z.), Wohlfahrtsminister.

Der Genosse Otto Braun wird sich am Mittwoch von den Beamten seines Ministeriums verabschieden und den neuen Ministerpräsidenten vorstellen. Das gleiche gilt für den bisherigen Handelsminister Genossen Eiering.

Beschluß des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuß befaßte sich am Dienstag mit der allgemeinen politischen Lage. Er nahm zum Schluß seiner Beratungen einmütig folgenden Beschluß an:

„Der Parteiausschuß gibt nach eingehender Behandlung seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der von der Partei eingesetzte Prüfungsausschuß seine verantwortungsvolle Tätigkeit in richtiger und geeigneter Weise ausgeübt hat und vertraut darauf, daß der Ausschuß auch weiterhin die erhobenen Vorwürfe gegen einzelne Parteigenossen prüfen und daraus gegebenenfalls alle erforderlichen Konsequenzen rücksichtslos ziehen wird.“

Der Parteiausschuß warnt zugleich die Parteigenossen dringend, sich durch den systematischen Verleumdungsfeldzug, den gerade die erbittertesten Feinde der Arbeiterklasse gegen die Arbeiterbewegung inszeniert haben, verwirren zu lassen und so das Spiel der Reaktion zu erleichtern.“

Lange-Hegermann tritt aus.

Er behält sein Mandat, verläßt aber das Zentrum.

Die Zentrums-Fraktion des Reichstags veröffentlicht folgende Erklärung:

Nachdem der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Höpfer auf Ersuchen des Vorstandes der Fraktion des Zentrums sein Mandat niedergelegt hatte, richtete der Vorstand der Fraktion auf Grund Beschlusses des Vorstandes am 9. Februar an den Reichstagsabgeordneten Herrn Lange-Hegermann das folgende Schreiben:

„Der Reichstagsabgeordnete Dr. Höpfer hat in Bezug der Entwicklung der Untersuchung in der Barmat-Angelegenheit sein Mandat niedergelegt, um der im Gange befindlichen Untersuchung freien Lauf zu lassen und der Fraktion volle Handlungsfreiheit zu geben. Der Vorstand der Fraktion ist der Meinung, daß auch Sie aus denselben Erwägungen heraus Ihr Mandat niederlegen müssen. Sie werden hierüber ersucht, diesen Schritt sofort zu tun und mir entsprechende Mitteilung zugehen zu lassen.“

Herr Lange-Hegermann erbat auf diesen Brief hin Ausständ für seine Erklärung bis zum 14. Februar. Unter dem 16. Fe-

bruar richtete er ein Schreiben an den Vorstand der Fraktion, in dem er zur Sache folgendes mitteilte:

„Ich kann den Gründen, welche Sie schriftlich anführen und die mich zur Mandatniederlegung führen müssen, nicht Folge geben. Ich habe mich nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, soweit es an mir liegt, alles zu verhindern, daß durch meine Person der Partei Schaden zugefügt wird. Ich trete deshalb hiermit aus der Deutschen Zentrumspartei als Mitglied und somit auch aus der Fraktion der Zentrumspartei des Deutschen Reichstags aus. Den Entschluß wegen Niederlegung meines Mandats werde ich in dem Augenblick fassen, wo der Fragenkomplex, soweit er meine Person angeht, geklärt erscheint.“

Der Vorstand der Fraktion hält an seiner Auffassung fest, daß aus den in seinem angeführten Schreiben vom 9. Februar dargelegten Gründen der Verzicht auf das Mandat durch den Abg. Lange-Hegermann geboten war. Nach der Erklärung des Abg. Lange-Hegermann ist er indes nicht mehr in der Lage, namens der Fraktion, der der Abg. Lange-Hegermann nicht mehr angehört, etwas Belleres zu veranlassen.

Thüringische Gemeindevahlen.

Scharfer Wahlkampf.

Weimar, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Wahlkampf zu den Kreis- und Gemeinderatswahlen wird namentlich in den Städten Thüringens, wo sozialdemokratische Mehrheiten bestehen, mit ziemlicher Schärfe durchgeführt. In Gera haben die bürgerlichen Parteien Listenverbindung vereinbart, um die Linksmehrheit zu brechen. Dagegen haben die Kommunisten das Angebot der Sozialdemokratie auf Listenverbindung abgelehnt. Im Kreis Altenburg und namentlich in Reudelwitz, wo die Sozialdemokraten 17, die Bürgerlichen einen, die Demokraten fünf und die Kommunisten vier Sitze befehlen, sind die Aussichten für die sozialdemokratische Partei gut. Auch im Westen Thüringens wird mit einer Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen gerechnet.

Die Staatsbankaffäre.

Weimar, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Untersuchungsausschuß gegen den Finanzminister v. Klüchhner in der Angelegenheit Voeb trat am Dienstag nach längerer Pause wieder zusammen, um zunächst die stenographisch festgehaltenen Aussagen Voeb's vorlesen zu lassen und die Vereidigung Voeb's vorzunehmen. Voeb gab eine Erklärung dahingehend ab, daß er, solange seine Akten durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt seien, sich nicht auf einzelne Daten festlegen könne. Er habe keine Lust, sich in Thüringen erneut einen Strich drehen zu lassen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. v. Thümmel, entgegnete, daß er davon Abstand nehmen müsse, Voeb weitere Akten zugänglich zu machen, weil die ganze Angelegenheit bereits vom Untersuchungsrichter bearbeitet würde. Durch eine Herausgabe von Schriftstücken und Akten würde die Arbeit des Untersuchungsrichters gestört werden. Dieser Auffassung trat der Abg. Krüger mit dem Hinweis entgegen, daß der vom Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuß über den Verichten siehe und ein Abbruch der Verhandlungen durchaus nicht in Frage komme. Es wurde nun zur Verlesung des Protokolls geschritten, das man in 1 1/2 Tagen zu bewältigen hofft.

Landtag und Reichstag. Infolge eines bedauerlichen technischen Vorfalls ist in unserem Bericht über die Landtagung die Feststellung, daß man dort neben langem Vernehmen über das Schicksal der Rüstungsbauern auch mit einigen Worten der Opfer gedacht hat, unterblieben. Die Folgerungen, die die „Deutsche Tageszeitung“ daran knüpft, sind deshalb abwegig.

Ministerialdirektor A. D. Raub wurde gegen Hinterlegung einer Sicherheitsleistung von 50 000 M. aus der Untersuchungshaft entlassen. Dr. Raub war vor sieben Wochen im Verfolg des Ermittlungsverfahrens gegen Barmat unter dem Verdacht des beschuldigten Betruges und der Bestechung verhaftet worden.

Asquith nahm zum ersten Male mit dem gewöhnlichen Zeremoniell und bei einem vollbesetzten Hause an den Sitzungen des Oberhauses als Lord Oxford and Asquith teil.

Julius Hirschberg.

Prof. Julius Hirschberg, der Altmeister der deutschen Augenheilkunde und einer der berühmtesten Augenärzte unserer Zeit, ist gestern im Alter von 81 Jahren gestorben. Hirschberg, der in Potsdam geboren war, bezog nach seiner Gymnasialzeit 1862 die Universität Berlin, um unter Virchow, du Bois-Reymond und Traube Medizin zu studieren. Im Jahre 1866 promovierte er, war dann bis 1868 Assistent bei dem großen Augenheilkundigen von Graefe und ließ sich 1870 an der Berliner Universität als Privatdozent nieder. 1879 wurde er außerordentlicher Professor, 1900 Ordentlicher Honorarprofessor.

Die wissenschaftliche Welt verdankt Hirschberg zahlreiche wichtige augenärztliche Arbeiten. Berühmt und auf der ganzen Welt bekannt wurde sein Name dadurch, daß er den Elektromagneten den Zweck der Augenheilkunde nutzbar machte. Während in früheren Zeiten Metallspalterverletzungen der Augäpfel, namentlich Stahlspalterverletzungen, eine sehr schlechte Heilungsaussicht boten, gelang es Hirschberg, durch die besonders sinnreiche Konstruktion seines Apparates Metallspalter, deren Entfernung auf operativem Wege nicht möglich ist, mit Hilfe seines Elektromagneten selbst aus dem Inneren des Auges her zu ziehen und auf diese Weise zahlreichen Kranken, die früher erblindeten, das Augenlicht zu retten. So ist Professor Hirschberg vielen zum Wohltäter geworden. Seine Erfindung ist auch eine Großtat auf dem Gebiete der Gewerbemedizin. Sie hat naturgemäß besondere Bedeutung für die in der Metallindustrie tätige Arbeiterschaft.

Daneben beschäftigten ihn physikalische und mathematische Studien, die er auch praktisch in Laboratorium von Helmholtz anwandte. Ihre Frucht war die im Jahre 1874 erschienene Schrift „Mathematische Grundlagen der medizinischen Statistik“. Hirschberg war der Begründer des „Zentralblatts für Augenheilkunde“, das er lange Zeit redigierte und zu großer Blüte gebracht hat. Die Resultate seiner medizinischen Forschungen hat er in dem Lehrbuch „Einführung in die Augenheilkunde“ zusammengetragen.

Dieser staunenswerte vielseitige Gelehrte hat sich auch zuweilen auf das philosophische Gebiet begeben. Er schrieb Studien zu Homer und ein Wörterbuch zu Aristoteles. Seine außerordentlichen Sprachkenntnisse ermöglichten ihm die Verfassung historisch-ärztlicher Schriften: „Geschichte der Augenheilkunde im Mittelalter und im Beginn der Neuzeit“, die „Augenheilkunde des Aetius“ und zusammen mit Bippert und Wittwisch „Die arabischen Augenheilkunde“. Auch als Reiseschriftsteller hat sich Hirschberg einen Namen gemacht. In seinen Büchern „Aegypten“, „Tunis“, „Um die Erde“ erzählt er von seinen ausgedehnten Reisen. Er war im übrigen ein Freund klassischer Bildung und gehörte dem Vorstand der Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums an.

Vor anderthalb Jahren erregte es nicht geringes Aufsehen, als der hochbetagte Julius Hirschberg in einer Sitzung der Berliner Re-

chischen Gesellschaft in formvollendeter frueher Rede aus dem Stegreif über die Stellung des Hippokraties zu Konstitutionsproblemen sprach und mit einem fabelhaften Erinnerungsvermögen zahlreiche ausführliche Darlegungen aus der griechischen Literatur läckellos zitierte, ohne auch nur ein Wort auf einem Zettel vermerkt zu haben.

Dem nun Dahingegangenen war ein seltenes Glück beschieden; bis in das höchste Alter verfügte er über eine große Frische und Beweglichkeit des Geistes. Um so schmerzlicher ist jetzt sein Heimgang.

Gerhart Hauptmanns „Indipohdi“ errang bei seiner gefrigen Erstausführung im Vestingtheater nur einen Achtungserfolg, der wohl mehr dem früheren Schaffen des Dichters als der vorliegenden Dichtung galt. „Indipohdi“, abgekürztes Werk eines Fertigen in feierlichen Sätzen, verlegt die antike Welthe des Hölderlinschen „Empedokles“ in abenteuerlich-erfolgreiche Ferne. Eine kleine Fankt, entstanden durch verdächtigen Brandgeruch, belebte das sonst nicht sonderlich angeregte Publikum.

Es gibt wieder Redouten bei Kroll! Die Zeiten ändern sich. Unseren Großeltern mochte es eine besondere Freude, zu Kroll zu gehen. Das war für sie immer ein reiner Festtag. Heute ist Kroll zwar „neu renoviert“, wie der Berliner sagt, und hat von dem Architekten Oskar Kaufmann, dem Erbauer des Volkstheaters am Bülowplatz, einen Zuschauerraum erhalten, der an festlicher Wirkung unter den modernen Theaterbauten Berlins keinesglichen sucht, aber — der Berliner von heute scheint den Weg zu Kroll etwas zu weit zu finden. Nun will man in dieser Dependence der Staatsoper den durchaus lobens- und anerkanntenswerten Versuch wagen, von Zeit zu Zeit die Theaterbühnen in einen großen Festraum zu verwandeln, in dem Künstlerfeste besonderer Art stattfinden sollen, Feste, die einer erböhten, oder geschmackvoll sich ähnernden Lebensfreude dienen sollen. Bereits hat man Bühne und Zuschauerraum überbrückt, und es kann in wenigen Stunden das heutige Zuschauerraum unter Hinzunahme des Bühnenraumes in ein Lausparquet umgewandelt werden. Von diesem Parquet werden drei Freitreppen zu dem ersten Rang emporführen. Die Freppen, heule von etwas kühler Wirkung, will man durch farbige Lichter und Bekränzungen gleichfalls dem Hauptfestraum anschließen. Bereits am 26. Februar soll in diesem neugeglänzten Rahmen die „Krollredoute 1925“ stattfinden und damit eine großstädtische Veranstaltung wieder aufgenommen werden, die über 40 Jahre geruht hat. Man darf diesen zweifellos wohlwogeneren Plänen nicht nur mit Spannung, sondern mit guten Wünschen entgegensehen.

Fahrende Eisenbahnerschulen auf der Reichsbahn. Die hohen Anforderungen, die der Krieg und die Nachkriegszeit an die deutschen Eisenbahnen gestellt haben, machten ganz besondere Anstrengungen zum Wiederaufbau dieses Verkehrsmittels nötig. Die Reichsbahn läßt jetzt durch besondere Schulen und Vorträge ihre Eisenbahner für die besonderen Aufgaben des Dienstes ausbilden. Um auch kleineren Dienststellen in einfacher Weise diese Veranstaltungen zugänglich zu machen, wurde kürzlich eine Reihe von ausrangierter Triebwagen zu fahrenden Schulzügen umgebaut. In ihnen sind ein Lehrsaal mit 36 Plätzen und ein Lehrmittelraum angeordnet. Projektionsapparat, Rezhinstrumente, Morse-, Telephon-, Fernschreiber- und

Funkapparate sind vorhanden, so daß die Eisenbahner in alle Zweige des neuzeitlichen Fahr- und Radbediensteten eingeführt werden können. Die Wagen laufen in bestimmten Kursen zwischen einer Reihe von Orten regelmäßig um, so daß jetzt auch für abgelegene Orte die Möglichkeit besteht, die Eisenbahner zu Vortrags- und Übungstreffen zu vereinigen.

Mit 200 Wellen über den Ozean! Der Funkverkehr hat das Bestreben, mit immer größeren Energien und immer größeren Wellenlängen zu arbeiten. Die größten Wellenlängen, die bisher verwendet worden sind, werden im Verkehr zwischen Europa und Amerika gebraucht. Sie betragen 18 Kilometer. Da die Entfernung zwischen Europa und Amerika je nach der Höhe der Funkstationen 3000 bis 4000 Kilometer beträgt, kommt man mit 200 Wellen über den Atlantischen Ozean. Man erstrebt jedoch noch größere Wellenlängen. Während die in Ruwen aufgewendete Energie 400 Kilowatt beträgt, wird die neue Funkstation in Bayern, Herzogland, 1000 Kilowatt verwenden. Die Wellenlänge wird sich dementsprechend steigern.

Die bayerische Jugipfahbahn. Das seit langen Monaten schwebende Projekt der Erbauung einer bayerischen Bahn auf die Jugipfah ist in ein entscheidende Stadium gerückt. Die bayerische Staatsregierung hat dem Projekt einer Standbahn auf den Ostgipfel der Jugipfah nach den Plänen des Ingenieurs Cathrein die Konzession erteilt. Die Bahn fährt nach diesem Projekt unmittelbar vom Bahnhof Garmisch-Partenkirchen zum Eissee, von dort durch einen über 2 Kilometer langen Tunnel zum Prati und von da wieder durch einen Tunnel auf den Ostgipfel der Jugipfah. Vom Eissee wird die Bahn als Fahrtrasse gebaut, die hinsichtlich der Beförderung großer Massen von Ausflüglern und hinsichtlich der Betriebssicherheit den größten und modernsten Anforderungen genügt wird.

Eine Million für die Berliner Staatsoper. In dem neuen Etat des preussischen Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung ist eine Million Geldmark eingeleitet zum Zweck einer Erweiterung des Bühnenhauses der Berliner Staatsoper. Für Bauausführungen an den übrigen Stadttheatern sind 100 000 Mark angedacht.

Internationaler Städtebaugongress in New York. Die internationale Städtebau- und Gartenbau-Vereinigung, Sitz London, veranstaltet vom 20. bis 25. April eine Konferenz in New York. Die Hauptverhandlungspunkte werden sein: Städtebauliche Dezentralisation in größeren Städten; Hauptverkehrsachsen; Vorbereitung der Planung von Baugeländen; Kulturlandpläne; Werkstätten und Uferpläne. Die maßgebenden amerikanischen technischen Verbände werden gleichzeitig mit der Konferenz ihre Vortragsvermittlung abgeben; zu der zur selben Zeit stattfindenden Internationalen Architektur-Konferenz in New York sind auch die deutschen Architekten eingeladen.

Eine schwedische Professur in Dorpat. Die schwedische Regierung hat im Reichstage einen Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem Schemen für die Einrichtung einer schwedischen Professur in Dorpat 7500 Kronen bewilligen soll.

Show lernt Tango. Eban, der neben von einem Herrenanwaltschaft auf Madeira zurückgekehrt ist, erklärt sich von seinem Aufenthalt für sehr begeistert und ist sich darauf, den Tango gelernt zu haben. Aber auch sonst war er nicht müde, er hat während der Ferien mehr geliebt, als jemals sonst auf einer seiner Reisen, und ein Stück vollendet, das demnächst erscheinen wird.

Nach dem Parteitag von Grenoble

(Von unserem Sondertorrespondenten.)

Paris, 16. Februar.

Die Presse des Nationalen Blocks hatte bis zum letzten Augenblick die Ueberzeugung und die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß sich auf dem Parteitag von Grenoble keine Eintracht erzielen lassen werde zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der sozialistischen Partei Frankreichs. Aber wie ist es schließlich, zur bitteren Ueberraschung für die Reaktion, zur einstimmigen Annahme der Hauptentscheidung gekommen?

In dieser Entscheidung spricht der Kongreß 1. seine Befriedigung aus über die von der sozialistischen Parlamentariergruppe geleistete Arbeit; 2. wird die Fortführung, ja die verstärkte Fortsetzung der Unterstützungspolitik in der unzweideutigsten Weise gefordert und 3. wird die Aufrechterhaltung der völligen Selbständigkeit der Partei betont. Soweit die Entscheidung Zugeständnisse an die verschiedenen Strömungen, wie sie in der Aussprache zum Ausdruck gekommen sind, enthält, lassen sich diese kurz folgendermaßen zusammenfassen: Die kleine Opposition, die unter der Führung von Brade im Bezirksverband der Seine (Groß-Paris) die Mehrheit für eine Entscheidung erlangt hatte, die dem Bericht der Parlamentarierfraktion die Zustimmung verweigerte, hat sich entschlossen, dem Satz zuzustimmen, in dem von der bisherigen Tätigkeit der Fraktion „mit Befriedigung“ Kenntnis genommen wird. Die Mehrheit dagegen, von der einzelne Redner wie Grumbach und Renaudel auf eine genaue Festlegung der zukünftigen Beziehungen der Fraktion zu den anderen Gruppen der Mehrheit der Regierung gedrängt hatten, stimmte einer Reihe von Sätzen zu, die die Selbständigkeit der Fraktion und der Partei und ihren uneingeschränkten selbständigen Charakter hervorheben.

In der Resolutionskommission, die eine ganze Nacht durch beriet, war es zu einer besonderen lebhaften Debatte über einen von der Minderheit gestellten Antrag gekommen, der Kongreß möge erklären, daß die Fraktion nicht obligatorisch zur Regierungsmehrheit gehöre. Da die Mehrheit befürchtete, daß diese Erklärung mißdeutet werden könnte, lebte sie einen solchen Beschluß ab. „Am Augenblick, in dem die sozialistische Partei einen der wesentlichen Pfeiler der Regierungsmehrheit bildet, wäre es eine Irreführung, zu sagen, daß sie nicht dazu gehöre,“ erklärte in der Resolutionskommission einer der Redner der Mehrheit. „Biel notwendiger ist es, zu sagen, daß die Tatsache unserer Zugehörigkeit zur Mehrheit die Bildung des Kabinetts Herriot ermöglichte und daß die dem Kabinett von den Sozialisten gewährte Unterstützung eine freiwillige ist, die ihre Grenze ausschließlich in der demokratischen und reformatorischen Tätigkeit der Regierung selbst finden soll.“

Da in Wirklichkeit die Meinungsverschiedenheit sich auf unwichtige Dinge beschränkte, gelang dem aus den Genossen Blum, Renaudel und Brade zusammengesetzten Unterausschuß ohne lange Diskussion eine Einigung. Wäre in der Hauptdebatte die Meinung zum Ausdruck gebracht worden, daß man um begangener Fehler willen die Unterstützungspolitik einstellen und die Fraktion in die Opposition zurückkehren solle, dann wäre die Einigkeit schwieriger, wenn nicht unmöglich geworden; aber kein einziger Redner hatte diese Forderung gestellt, und es war Brade, der davon sprach, durch eine strenge Kontrolle und eine nutzbringendere reformatorische Tätigkeit die Unterstützungspolitik zu stützen. Alle Redner aus der Provinz haben sich tief von dem Gedanken durchdrungen gezeigt, daß ein Sturz des Kabinetts Herriot unheilvolle innere und äußere Folgen haben müsse und daß es deshalb im Interesse der französischen Arbeiterklasse liegt, den weiteren Bestand dieser Regierung zu sichern. In der Entscheidung wird das deutlich zum Ausdruck gebracht in den Sätzen, die auf die Gefahr einer Rückkehr des Nationalen Blocks zur Regierung hinweisen. Ausdrücklich und nicht ohne damit indirekt auf gewisse brennende Fragen anzuspielen, wird betont, daß die sozialistische Fraktion unter keinen Umständen Dingen zustimmen könnte, bei denen grundlegende Prinzipien sozialistischer Weltanschauung oder Verpflichtungen, die von der sozialistischen Partei Frankreichs der Arbeiter-Internationale gegenüber eingegangen sind, verletzt würden.

Der Regierung wird damit unzweideutig zu verstehen gegeben, daß die sozialistische Fraktion in den Fragen, die mit dem Frieden und seiner Stärkung, mit den deutsch-französischen Beziehungen und ihrer freundschaftlichen Gestaltung zusammenhängen, keinerlei Rückfall zu den Methoden des Nationalen Blocks mitmachen werde. Für den Bestand der Regierung Herriot bedeuten diese Beschlüsse eine Stärkung; zu gleicher Zeit schalten sie ein gewisses Unbehagen aus, das in den letzten Wochen sich in gewissen Reihen der Linken bemerkbar machte, in denen man dem Kongreß von Grenoble mit Unruhe entgegen sah. In diesen Kreisen hatte man die politische Schulung der französischen sozialistischen Partei wesentlich unterschätzt. Die harte Lehre, die die Ereignisse der letzten Jahre den Mitgliedern der sozialistischen Partei erteilt haben, hat in den kleinsten Bezirken ein starkes Verantwortungsgefühl entstehen lassen.

Ein russisches Dementi.

Sie waschen ihre Hände in Unschuld.

Die russische Botschaft hält es für zweckmäßig, folgende Erklärung durch die Presse verbreiten zu lassen:

Die Botschaft der Union der sozialistischen Sowjetrepublik in Deutschland hat sich bisher zu den Aussagen des Angeklagten Neumann in dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig nicht geäußert, weil die Haltlosigkeit dieser Aussagen offen zutage lag. Da aber an diese Aussagen verschiedene Pressekommentare geknüpft wurden, hält es die Botschaft der Union jetzt für zweckmäßig, zu erklären, daß die Aussagen des Angeklagten Neumann, insofern sie sich auf die Botschaft und auf amtliche Personen der Union beziehen, vollständig erdichtet sind und kein wahres Wort enthalten.

Ganz abgesehen davon, wie die Aussagen Neumanns im Leipziger Prozeß im einzelnen zur Beurteilung sein mögen, einerlei, ob er ein Spitzel ist oder nicht, die russische Botschaft wird nicht erwarten können, daß man ausgerechnet ihren Dementis besondere Beachtung schenkt. Jedes Kind weiß, daß von der russischen Botschaft die Fäden zur Zentrale der KPD und zur kommunistischen Bewegung ausgehen. Sie vermittelt die falschen Bässe, mit denen die für politische Arbeit bestimmten Agenten der kommunistischen Internationale nach Deutschland einreisen, sie befördert unter ihren Postfächer die Geheimkorrespondenz zwischen

Deutschnationale unter sich.

Warnung vor den Wahlen — aber erfolglos!

Die Deutschnationalen wissen zu schreien, wenn ihnen etwas des Schreiens wert erscheint. Beweis: die Ebert-Hetze und die Barmat-Hetze, die in Wirklichkeit ein Feldzug gegen die Sozialdemokratie ist!

Die Deutschnationalen wissen aber auch zu schweigen, wenn es ihnen in den Kram paßt. Beweis: ihr Verstummen angesichts der Dokumente des gefakten Zeugen Kreil und angesichts des Skandals der Ruhrmilliarden!

Die Deutschnationalen wissen sogar zu schweigen, wenn sie von ihren Parteigenossen vor ihren Parteigenossen gewarnt werden. Beweis: der nachfolgende Brief, der uns von vertrauenswürdiger Seite auf den Redaktionstisch gelegt wird und der wert ist, aus dem Dunkel des Vindeiner-Archivs an die Öffentlichkeit gezogen zu werden. Der Brief hat diesen Wortlaut:

Vertraulich! 3. November 1924.

An die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei Berlin.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, bestehen seit Jahren ernste Differenzen zwischen dem Abgeordneten Geisler und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, als dessen Wortführer ich in diesem Falle aufgetreten bin.

Vor etwa 2½ Jahren hat Herr Geisler mich verklagt. Am 16. Oktober d. J. fand der erste Termin statt, an dem wirklich verhandelt wurde. Die Verhandlungen wurden dann vertagt. Auf dem nächsten Termin, der wohl leider erst nach dem 7. Dezember stattfinden wird, sollen dann die Zeugen vernommen werden.

Obwohl es üblich ist, daß in Prozessen die Parteien schweigen, nachdem die mündlichen Verhandlungen begonnen haben, veröffentlicht Herr Geisler über die Verhandlungen vom 16. Oktober einen Bericht, der, wie alles, was Herr Geisler schreibt, mit der Wahrheit nur mit Mühe in Einklang zu bringen ist. Auch die Deutschnationale Korrespondenz gibt sich dazu her, einen einseitig Geislerschen Bericht zu bringen.

Dagegen protestiere ich.

Ich gehöre der völkischen Bewegung seit 34 Jahren und der Deutschnationalen Volkspartei seit ihrer Gründung an. Ich bin nicht erst nachträglich untergetrocknet, wie Herr Geisler, nachdem er anderweitig kein Unterkommen mehr finden konnte. Ich habe mich auch nicht damit begnügt, Mitglied zu sein. In Hamburg und Bergedorf habe ich für die Partei gearbeitet und ich habe mehrfach Flugblätter für die Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle geschrieben, z. B. die „Briefe an selbstdenkende Arbeiter“.

Soll ich nun angesichts Ihrer Parteinahme für Geisler öffentlich gegen die von Geisler und von der Deutschnationalen Parteikorrespondenz veröffentlichten Auffasse Stellung nehmen? Es wäre das ungemein leicht, würde aber die Sache unserer Partei gerade jetzt vor den Wahlen schwer schädigen. Folglich werde ich schweigen. Aber Ihnen möchte ich einiges mitteilen, damit Sie mir später, wenn der Standat kommt, keine Vorwürfe machen können.

Der bevorstehende Prozeß wird vermutlich zu einer

völligen Entlarvung Geislers

führen.

Zeugen werden u. a. beweisen:

1. daß Geisler seit Jahren mit falschen Zahlen arbeitete;
2. daß er den Vorwurf, er habe gelogen und betrogen, entgegengenommen mußte und entgegengenommen hat;
3. daß er einen Brief, gegen mich einmündlich, „korrigiert“ hat;
4. daß er selbst die Mitglieder seiner Verbände hinter Licht führt;
5. daß er sich bei seinem Kampf — gleichgültig gegen wen — Mittel bedient, die kaum ein zweiter Abgeordneter irgendeiner Partei anwenden würde.

Ich mache Sie bei der Gelegenheit auf die kürzlich erschienene Schrift des völkischen Abgeordneten Chwatal: „Das Wesen der völkischen Kampfgewerkschaften“ aufmerksam. In dieser Schrift sagt der Verfasser auf Seite 13:

„... Die ganze Bewegung charakterisiert sich am besten in ihrem Führer: „Sage mir, wen Du als Deinen Führer anerkennst, und ich sage Dir, wer Du bist.“ Der Führer dieser Bewegung ist der bekannte deutschnationale Abgeordnete Geisler, ein Mann, der sich vom Vorwurf der Lüge beim feinerjünglichen Austritt aus der Deutschen Volkspartei nicht befreien konnte.“

Ein Mann, der in die üble Briedrichshafsaßäre des Dr. v. Brechmer verwickelt wurde, ein Mann, der als Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände das Leben eines Kur-Parlamentariers führt, dem von weiten Kreisen der deutschen Ar-

den deutschen und russischen Kommunisten. Sie vermittelt — direkt und indirekt — die Geldauszahlungen an die KPD. Auf der Botschaft gehen die Verbindungsmänner zwischen deutscher Zentrale und kommunistischer Exekutive ein und aus. Man weiß, was Dementis dieser Botschaft in solchen Dingen wert sind!

Deutsch-rumänische Spannung.

Konflikt wegen der Aufwertung von Kriegsforderungen.

Das längst gespannte Verhältnis zwischen Deutschland und Rumänien hat neuerdings eine wesentliche Verschärfung erfahren. Die rumänische Regierung soll z. B. neuerdings handelspolitische Maßnahmen planen, die bei ihrer Anwendung den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland bedeuten würden. Nähere Nachrichten liegen über diese ganze Angelegenheit noch nicht vor, so daß es ratsam ist, vorläufig den Fall in Ruhe zu betrachten und zu erörtern. Soweit wir jedoch unterrichtet sind, ist von rumänischer Seite mit der Anwendung des Regiminalgesetzes auf deutsche Waren zu rechnen; dagegen bestätigen sich die Nachrichten über Ausweisungen von deutschen Staatsangehörigen aus Rumänien und die Beschlagnahme ihres mobilen Vermögens nicht.

Der Konfliktfall stammt noch aus der Kriegszeit. Deutschland war nach der Okkupation Rumäniens durch die deutsche Armee gezwungen, Lei-Noten in Höhe von 1½ Milliarden Lei auszugeben. Diese Maßnahme war schon darum geboten, weil die Russen den rumänischen Goldschatz mitgenommen und so den rumänischen Geldapparat zum Erliegen gebracht hatten. Deutschland stellte als Deckung für die Lei-Noten eine Summe sicher, die 1¼ Milliarden Mark in Papierwerten betrug. Nach dem Kriege trat die Verwertung der deutschen Papierwerte ein und damit begann sich die Regelung zwischen Rumänien und Deutschland äußerst schwierig zu gestalten. Es haben im Laufe des letzten Jahres allein dreimal Verhandlungen stattgefunden, die alle ergebnislos verliefen. Ein Angebot Deutschlands, die Schuld durch 50 Goldmillionen abzulösen, wurde von Rumänien abgewiesen. Deutsches betonte

beiderseits jede Geschäftigkeit abgesprochen wird, der, wie ehrliche und anständige Parlamentarier sagen müßten, von den anderen nicht mit der Aneignung angefaßt würde. ...

Ein mir völlig unbekannter Herr August Rupperts (Volkswirtschaftsverband) aus Plau i. M. schreibt mir unaufgefordert am 22. Oktober 1924:

In der „D. L. Z.“ lese ich einen Bericht über die Verhandlungen in dem von dem Abgeordneten Geisler gegen Sie angelegten Prozeß. Im Interesse der Allgemeinheit — an der Persönlichkeit des Abg. Geisler habe ich kein Interesse — spreche ich Ihnen meine Bemerkung darüber aus, daß Sie die Tätigkeit des Politikers Geisler einer notwendigen Kritik unterzogen haben. Ich habe Gelegenheit gehabt, den Werdegang dieses Mannes von Anfang an zu beobachten, zeitweise aus nächster Nähe. Mein Urteil fasse ich darin zusammen, daß die vielfachen Unternehmungen und Gründungen dieses Mannes viel Geld verschlungen haben, ohne wesentlichen, dem Vaterlande dienenden Nutzen zu zeitigen. Ueber die Verhältnisse im „Deutschen Arbeiterbund“, dessen Schwerpunkt jetzt in Hannover liegt, wäre besonderes zu sagen. Die Öffentlichkeit kann nur verlangen, daß über die großen Summen, die Geisler besonders aus Arbeitgeberkreisen gesammelt hat bzw. hat sammeln lassen, Rechnung gelegt wird. Geisler, wie auch andere Gründer von Bünden, hätten um ihrer selbst willen allen Grund zu beweisen, daß die Gelder im Geiste der Gründung verwendet worden sind; ob mit Erfolg oder nicht, sei dahingestellt. Ich halte den Politiker und Abgeordneten Geisler nicht für eine den vaterländischen Belangen nützliche Persönlichkeit. Das Urteil wird von angesehenen, mir bekannten Persönlichkeiten geteilt. Man hält Geisler vielfach für einen politischen Unternehmer.

Mit treubühnem Gruß!

gez. Rupperts.

Ich weiß auch schon seit Monaten, unter welcher eigenartigen Begleiterscheitungen Herr Geisler als Hopfland der Partei aufgenommen worden ist. Ich weiß z. B., daß der Vorkühende ihn „Schweln“ genannt hat, „das man ja, wenn es zuviel Unfug macht, wieder hinauswerfen könne“. Ich weiß das, und ich weiß auch noch mehr, was ich im Interesse der Partei verschwiegen habe. Ob ich aber vor Gericht schweigen werde, kann ich heute noch nicht sagen.

Nun suchen Sie sich bitte im ganzen ehemaligen Reichstage einen Mann, der

1. von dem Sozialdemokraten Hörning (über den man denken kann wie man will) zwecks Klarstellung „bewußter Verleumder und Ehrabschneider“ genannt wird, — der aber gleichzeitig
2. von dem deutschnationalen Chwatal als ein Mann bezeichnet wird, von dem Parlamentarier gefogt hätten, daß ihn andere nicht mit der Aneignung anfassen würden, — den
3. der Sitzungsleiter der deutschnationalen Reichstagsfraktion „Schweln“ genannt hat, — und dem
4. breite Parteikreise sowohl als so ziemlich alle Arbeiterkreise voller Abneigung und Mißtrauen gegenüberstehen.

Sie werden weder im alten Reichstag, noch sonst in unserer Partei, ja kaum in ganz Deutschland einen Menschen finden, der von ganz links bis nach ganz rechts Kritiker findet, die sich in ihrer scharfen Ablehnung so in Hebererinnung befinden. Ein solcher Mann ist nicht zu halten. Und die Partei, die ihn zu lange hält, muß sich auf schlimme Nachschläge gefaßt machen.

Wir als Privatmann kann es gleich sein, welche Stellung die Partei einnimmt. Ich weiß, daß es mir gelingen wird, Herrn Geisler früher oder später zu entlarven. Ihre Sache muß es sein, dafür zu sorgen, daß diese Entlarvung nicht zu einer schweren Schädigung der Partei führt. Sie würden, da Sie rechtzeitig gewarnt worden sind, für diese Schädigung verantwortlich gemacht werden müssen.

Deutschem Gruß!
H. Zimmermann.

Der Mann, der so deutlich über einen seiner deutschnationalen Parteigenossen urteilt, ist nicht ein unbekannter jemand, sondern Verwaltungsmittglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Hamburg und Vorstandsmittglied der Ortsgruppe Bergedorf der Deutschnationalen Partei!

Vor den Wahlen ist die Geschäftsstelle der Deutschnationalen also ausführlich vor dem Geisler gewarnt worden. Heute ist der Geisler Fraktionsmittglied der selben deutschnationalen Partei, die ihn auf der gleichen Liste kandidierte, wie ihren jetzigen Vorsitzenden Bestarp!

Bestarp, Zimmermann und Geisler gehören der gleichen Partei Halb und Halb an, die sich gegenwärtig darin gefällt, über die Sozialdemokratie zu pharisieren!

Und Geisler hält nach wie vor „vaterländische“ Tagungen ab!

immer, daß es zu einer Regelung innerhalb der Reparationssummen bereit wäre. Dieser Standpunkt wird aber von Rumänien nicht geteilt. Anfangs begründete Rumänien seine Forderung auf Aufwertung der Banco-Generalnoten durch den Versailler Vertrag. Es fand aber damit bei der Reparationskommission und auch bei der letzten Tagung der Finanzminister in Paris Ablehnung. Jetzt betonen die Rumänen die Auffassung, daß die Angelegenheit außerhalb des Rahmens des Versailler Vertrages geregelt werden müsse.

Damit wird die Grundfrage der ganzen Debatte erheblich verschoben. Deutschland, das auch heute seine Verpflichtung anerkennt, kann auf eine Regelung außerhalb der Annuitäten gemäß des Dawes-Plans nicht eingehen, weil eben dann eine Durchlöcherung des Zahlungsplans stattfindet und Weiterungen eintreten würden, die den ganzen Dawes-Plan über den Haufen werfen dürften.

Hoersch bei Herriot.

Paris, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Botschafter in Paris hat am Dienstag dem französischen Ministerpräsidenten Herriot den Dank des Reichspräsidenten und der Reichsregierung für das von der französischen Regierung und vom Präsidenten der Republik anlässlich der Grubenkatastrophe von Dortmund und bekundete Beileid ausgesprochen. Er hat sich im Anschluß daran mit dem französischen Ministerpräsidenten über eine Reihe schwebender politischer Fragen unterhalten.

Herriot und Chamberlain kommen nach Genf im März.

Genf, 17. Februar (Eigener Drahtbericht.) „Travail“ meldet, daß der französische Ministerpräsident Herriot im März zur Tagung des Völkerbundesrats nach Genf kommen wird; als Vertreter Englands ist Chamberlain angemeldet. Lord Cecil erwartet inzwischen die endgültige Form des Genfer Protokolls, das auch den neuen englisch-französischen Garantievertrag berührt. Das Protokoll wird erst nach dem Völkerbundsrat vorgelegt und im September die Vollversammlung des Völkerbundes zur endgültigen Entscheidung beschicken.

Gewerkschaftsbewegung

Wo bleibt die Antwort der Reichsbahngesellschaft?

Am 3. Februar haben die Eisenbahnerorganisationen an die Direktion der Reichsbahngesellschaft eine gemeinsame Eingabe eingereicht, die die Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne und Gehälter und der Herabsetzung der Arbeitszeit begründet. Es sind nunmehr zwei Wochen verstrichen, ohne daß die Direktion der Reichsbahngesellschaft es für notwendig gefunden hätte, auf diese Eingabe eine schriftliche Antwort zu geben. Oder soll man annehmen, daß die leitenden Beamten während der zwei Wochen damit beschäftigt waren, ihre eigene Lohnbewegung durchzuführen und keine Zeit gefunden haben, die Eingabe der Eisenbahnerorganisationen zu beantworten?

Die Zulagen, die die leitenden Beamten der Reichsbahngesellschaft bekommen, gehen weit über die Bezüge hinaus, die nicht nur gleichgestellte, sondern höhergestellte Beamte des Reichsdienstes erhalten. Gleichzeitig haben sich die Mitglieder des Verwaltungsrats für ihre ehrenamtliche Tätigkeit Jahresbezüge von 10.000 bis 20.000 M. zugebilligt. Angesichts dieser Tatsache ist es um so unverständlich, daß man keine Zeit findet, den Eisenbahnerorganisationen eine Antwort zugehen zu lassen. Bei den niedrigen Löhnen und Gehältern der großen Masse der Eisenbahner muß dieses Verhalten der Direktion der Reichsbahngesellschaft von den Eisenbahnern als eine Bräuterei empfunden werden.

Im Dames-Gutachten ist ausdrücklich betont worden, daß die Lebenshaltung der Arbeitnehmer Deutschlands nicht schlechter sein soll als die der Arbeitnehmer der alliierten Länder. Vergleicht man jedoch die Bezüge und die Arbeitszeit der Eisenbahner Frankreichs und Englands mit denen der deutschen Eisenbahner, dann muß man feststellen, daß die Voraussetzungen des Dames-Gutachtens gegenwärtig bei weitem nicht erfüllt ist. Um so mehr ist es die Pflicht der Direktion der Reichsbahngesellschaft, den Forderungen der Eisenbahnerorganisationen gerecht zu werden. Wir nehmen nicht an, daß man mit der Antwort so lange warten will, bis eine Krisenstimmung erzeugt ist, die jede Verständigung nur erschwert.

Von einem Eisenbahnbeamten wird uns geschrieben:

Der „Vorwärts“ hat schon mehrfach mit dankenswerter Offenheit das jetzt bei der Eisenbahnverwaltung beliebte System der Leistungszulagen als das bezeichnet, was es in Wirklichkeit ist, nämlich als ein System zur Korruption der Eisenbahner. Die Hauptverwaltung bekam es fertig, zu den im „Vorwärts“ angeführten Tatsachen eine sogenannte Berichtigung zu bringen, die in Nr. 63 als ein „Küster-demagogischer Verdrehungskünste“ bezeichnet wurde.

Die vier, allerdings sehr peinlichen Fragen, die an die Hauptverwaltung gerichtet wurden, hat man nicht mehr zu beantworten gewagt. Damit ist also eingestanden, daß in der Hauptverwaltung einschließlich Zweigstellen Bahnern man sich selbst ohne Mitwirkung der dazu berufenen Kontrollinstanzen vom Generaldirektor bis zum Pförtner Weihnachtsgelder bewilligt hat, die durch die mit Lebensgefahr verbundene Dienstleistung des Betriebspersonals mühsam verdient worden waren. An diesem Raubzug haben sich auch alle anderen leitenden Beamten der Eisenbahnverwaltung einschließlich der Aufsichtsräte beteiligt. Die Öffentlichkeit wird am meisten die Tatsache interessieren, daß diese in der gelobten Presse kritisierte Geldverteilung Anfang Februar, wie verlautet, erneut wieder vorgenommen wurde, diesmal aber nur an die „Hilfsbeamten“ höhern Beamten, während man die Beamten aller anderen Grade glatt überging.

Während auf einer Seite mit dem Gelde förmlich geasft wird, denn die Beträge, die hier ohne Kontrolle verteilt werden, gehen in die Millionen, verläuft andererseits, daß der bisher erteilte Urlaub an Betriebsbeamte und Arbeiter gekürzt werden müsse, da dieses System zu teuer sei. Die leitenden Beamten dagegen beschließen, ihre bisher erhaltene Urlaubsdauer noch zu verlängern. Ein feines Bündel!

Die Öffentlichkeit wird am meisten interessieren, daß zur Durchführung von Sicherheitseinrichtungen allerdings kein Geld vorhanden ist. Nach jedem größeren Eisenbahnunglück, wie auch jetzt wieder (wer spricht noch von dem von Herne), erklärt die Verwaltung, daß sie neuerdings Versuche anstelle, um die Betriebsicherheit zu erhöhen. In Wirklichkeit haben sich die Sicherheitseinrichtungen des Eisenbahnbetriebes auf den deutschen Bahnen seit circa 50 Jahren nur unwesentlich verändert. Während unsere Technik für fremde Bahnen alle möglichen Systeme vervollkommen

Sicherungen baut, stand im Etat des Reichsverkehrsministers sowohl wie auch im jetzigen Geschäftsplan der Gesellschaft kein Pfennig für Versuche mit neuen Sicherungsanlagen.

Für solche dringend notwendigen Sachen ist kein Geld da, zur Zahlung korruptierender Zulagen dagegen haufenweise, trotz der Dames-Belege, die die Eisenbahnen in erster Linie zu einem Reparatobjekt machen.

Die Milchversorgung Berlins bedroht! Durch die Halsstarrigkeit der Arbeitgeber.

Vom Deutschen Verkehrsbund wird uns geschrieben: Wie wir in der Sonntagsnummer bereits mitteilten, stehen die Arbeitnehmer bei der Milchlieferungsgesellschaft ebenfalls in einer Lohnbewegung. Den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch, der für die Arbeitnehmer eine Lohnaufbesserung von 50 Pf. bis 2 M. pro Woche brachte, lehnte die Milchlieferungsgesellschaft ab. Die beantragte Verbindlichkeitsklärung wurde am 12. Februar vom Schlichter abgelehnt und damit die Belegschaft vor die Entscheidung gestellt, entweder für den alten Lohn weiter zu arbeiten oder sich dem durch Schiedspruch festgesetzten Lohn zu erlassen. In dem ablehnenden Bescheide des Schlichters heißt es, daß die Voraussetzungen des Artikels I § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 nicht vorliegen. In dem betreffenden Artikel heißt es, daß ein Schiedspruch für verbindlich erklärt werden kann, wenn die in ihm getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist.

Will der Schlichter mit seiner Entscheidung sagen, daß die durch Schiedspruch getroffene Regelung der Billigkeit nicht entspricht? Will der Schlichter damit sagen, daß die Milchlieferungsgesellschaft die Löhne nicht zahlen kann? — die rein subjektive Begründung des Geschäftsführers der Milchlieferungsgesellschaft antwortet auf die Verhandlung kann doch für die Entscheidung des Schlichters nicht maßgebend sein. Soll etwa behauptet werden, die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens für einen Betrieb, der das für einen großen Teil der Bevölkerung (Kranke, Säuglinge, Kinder) wichtigste Nahrungsmittel handelt, ist aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht erforderlich? Wenn Arbeitgeber und Schlichtungsinstanzen die Lebenswichtigkeit für solche Betriebe verneinen, dann wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die Belegschaft dieser Betriebe dem Beispiel der Arbeitgeber und der Schlichtungsinstanzen folgt.

Die Arbeitnehmer der Metzereibetriebe werden die notwendigen Schritte aus allem zu ziehen haben und diese Betriebe allen anderen Betrieben gleichstellen, d. h. daß bezüglich der Durchführung von Lohnbewegungen diese Betriebe genau so bestreift werden wie jeder andere. Eine sofort mit den Funktionären abgehaltene Besprechung ergab, daß sich die Funktionäre für den Streik aussprechen.

Die Belegschaft der Milchlieferungsgesellschaft wird zur Entscheidung des Schlichters in einer heute früh 7 Uhr stattfindenden Versammlung Stellung nehmen. Nach Lage der Verhältnisse ist mit dem Ausbruch des Streiks zu rechnen. Die Milchlieferung der Berliner Bevölkerung ist damit unter Umständen gänzlich unterbrochen.

Am heutigen Vormittag tagt auch der Schlichtungsausschuss in der Lohnstreitsache mit der Meierei Bolle. Fällt die Entscheidung des Schlichtungsausschusses so aus, daß sie für die Belegschaft nicht annehmbar ist, dann ist mit einem Uebergreifen des Kampfes auf den Betrieb Bolle gleichfalls zu rechnen. Da die Einstellung des Schlichters durch seine Entscheidung im Falle Milchlieferungsgesellschaft bekannt ist, ist es mehr wie fraglich, ob die Belegschaft von Bolle auf die Entscheidung des Schlichters noch Wert legt und darauf noch einige Wochen wartet. Die Arbeitnehmerorganisation, der Deutsche Verkehrsbund, hat noch in letzter Stunde versucht, im Verhandlungswege zu einer Verständigung zu kommen, ihre Bemühungen sind aber gescheitert.

Einigungsbestrebungen der Bankangestellten.

Wie wir hören, sind gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten und dem Reichsverband der Bankangestellten im Gange, die den Zweck haben, den Zusammenschluß beider Organisationen herbeizuführen. Ein solcher Zusammenschluß wäre im Hinblick auf die im Bankgewerbe vorhandene Zersplitterung sehr zu begrüßen. Wir fügen hinzu, daß die Lage der Bankangestellten heute wahrscheinlich wesentlich günstiger wäre ohne die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Organisation. Die gegenwärtig schwebenden Einigungsverhandlungen sind ein Zeichen dafür, daß die Erkenntnis, gegenüber dem Bankkapital die Front der gewerkschaftlich organisierten Bankangestellten zu schließen, eine zwingende Notwendigkeit ist, sich endlich Bahn bricht. Wir begrüßen diese Bestrebungen und wünschen ihnen einen schnellen und vollen Erfolg.

Eine Gastrolle in New York.

Die Firma Ambi (auf deutsch: Artur Müller, Berlin-Johannistal) hatte einem ihrer Monteur Urlaub erteilt, damit er bei ihrer Tochtergesellschaft, der American Ambi in New York, Spezialarbeiten verrichte. Nachdem der Monteur einige Wochen in New York gearbeitet hatte, merkte er, daß der Lohn, den ihm die American Ambi zahlte, den amerikanischen Verhältnissen nicht entsprach, er forderte deshalb eine angemessene Lohnaufbesserung. Da auch ein zweiter Arbeiter mit einer gleichen Forderung an die Firma herantrat, fürchtete sie, der Berliner Monteur werde eine allgemeine Lohnbewegung bei der American Ambi ins Werk setzen. Um dem vorzubeugen, wurde der Monteur fristlos entlassen. Er trat also wieder die Rückreise an und meldete sich bei der Berliner Ambi zur Arbeit, denn er war ja nur beurlaubt, sein Arbeitsverhältnis bestand also fort. Aber die Ambi lehnte die Weiterbeschäftigung ab. Nun suchte der Monteur beim Gewerbeamt seine Entlassung durch die Berliner Ambi als unbillige Härte an und hatte den Erfolg, daß die Firma zur Wiedereinstellung oder zur Zahlung einer Entschädigung von 600 M. verurteilt wurde. Die Firma stellte den Monteur nicht wieder ein, sie wollte auch die 600 M. nicht zahlen, sondern klagte eine Gegenforderung gegen den Monteur ein, die ihr die American Ambi zediert hatte. Der Monteur hatte nämlich für die Zeit seiner Ueberfahrt nach New York außer der freien Fahrt seinen Berliner Lohn bekommen, der zum größten Teil von seiner hiergebliebenen Familie verbraucht wurde, so daß der Rest für unvermeidliche Nebenausgaben auf dem Schiffe nicht reichte. Deshalb hatte sich der Monteur von der American Ambi eine dem amerikanischen Lohn entsprechende Nachzahlung geben lassen. Dieser Betrag wurde nun im Klagewege von ihm zurückgefordert. Das Gewerbeamt wies die Klage ab mit der Begründung, daß der Monteur für die Zeit seiner Ueberfahrt den amerikanischen Lohn beanspruchen könne.

Volkswirtschaftliche Diskussionsmethoden.

Der Generalsekretär des englischen Bergarbeiterbundes Cook richtete in einer Rede in Lameth einen heftigen Angriff gegen den früheren Generalsekretär des Bergarbeiterbundes und nachmaligen Zivillisten der Admiralität im Arbeiterkabinett Frank Hodges. Hodges hatte kürzlich in einer Rede erklärt, die britische Kohlenindustrie brauche für die nächsten Jahre völligen Frieden. Cook bezeichnete ihn aus diesem Grunde als einen Verräter, der die Interessen der Arbeitgeber gegen die der Arbeiter vertrete.

(Hodges hat in Wirklichkeit, ausgehend von der gegenwärtigen Ueberproduktion im Steinkohlenbergbau, den Vorschlag einer Verständigung zwischen den Hauptkäufern des Kohlenbergbaus vorgebracht, um die auf Kosten der Bergarbeiteröhne ausgetragene Unterbietung zu verhindern. Wie immer man sich zu dem Vorschlag von Hodges stellen mag, diesen besorgen als „Verräter“ abzulien, ist eine aus Rostau importierte Methode. Bekanntlich ist Cook einer der Führer der bolschewistischen „Minderheitsbewegung“. Es scheint aber, daß die Methoden made in Russia auch den englischen Gewerkschaften nicht erspart werden.)

Straßenbahnerstreik in London.

London, 17. Februar. Die Angestellten des großen Londoner Straßenbahnbetriebs traten heute vormittag in den Streik, da sich die Straßenbahngesellschaft geweigert hat, einen entlassenen Angestellten wieder einzustellen. Der Verkehr in der Stadt hat durch den Streik erhebliche Störungen erlitten.

Sattler und Sattlermeister. Donnerstag abend 7 Uhr Vollversammlung der Sattlergewerkschaft. Bericht von den Lohnverhandlungen. Zutritt nur gegen Verbandsausweis.

Gewerkschaftskommission (Mit. Reinhold, Dr. 3) hat die Vertreter in Berlin, den 24. Februar, abends 8 Uhr, ins Volkshaus, Schopenhauerstr. 10, einberufen und heute tagen lassen. S. 3. Dr. 3. Dr. 3.

Wahl der technischen Angestellten und Beamten, Oltmannsweiler Berlin. Chemiker und Angestellte der Chemischen Industrie: heute abend 7 1/2 Uhr im Chemie-Vereinssaal bei 2. Sandpeterschule, Berlin D., Androstr. 1-2. Sonntag über den heutigen Stand der Wahlverhandlungen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; **Wirtschaft:** Arthur Gatermann; **Gewerkschaftsbewegung:** Feiler, Glatzer, Neuland; **A. S. Dichter:** Golebski und Golebski; **Reis Kartell:** Anzeiger; **Ch. Glatzer:** Schmidt in Berlin. **Verlag:** Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. **Druck:** Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt West-Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2. **Dieses 1. Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.**

Musikaufträge überläßt man nur dem Nachweh des Deutschen Musik-Verbandes, Berlin O 27, Unter den Eichen 21 (Abendblatt 4310). Geschäftstg 9-5, Sonntag 10-2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

1/2 lb nur 50 Pf

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

Rahmma

Margarine

buttergleich

Frühjahrs-Neuheiten

Für stärkste Figuren!

Extra-Preise!

Tuchmäntel (Modelle) 39.-

Covercoat weite Schnitte 18⁷⁵

Rips-Kostüme 54.-

Seidenmäntel 48.-



Covercoat-Sportkostüm auf Halb-Seide gefüttert Mk 41.-

Nur gute u. beste Qualitäten!

Sowohl noch Vorrat!

Seidene Plüschmäntel 65.-

Sealplüschmäntel 88.-

Pelzmäntel 295.-

Wittmann

1. Geschäft: Berlin W 8 Mohrenstraße 37a

2. Geschäft: Berlin NO Große Frankfurter Straße 115

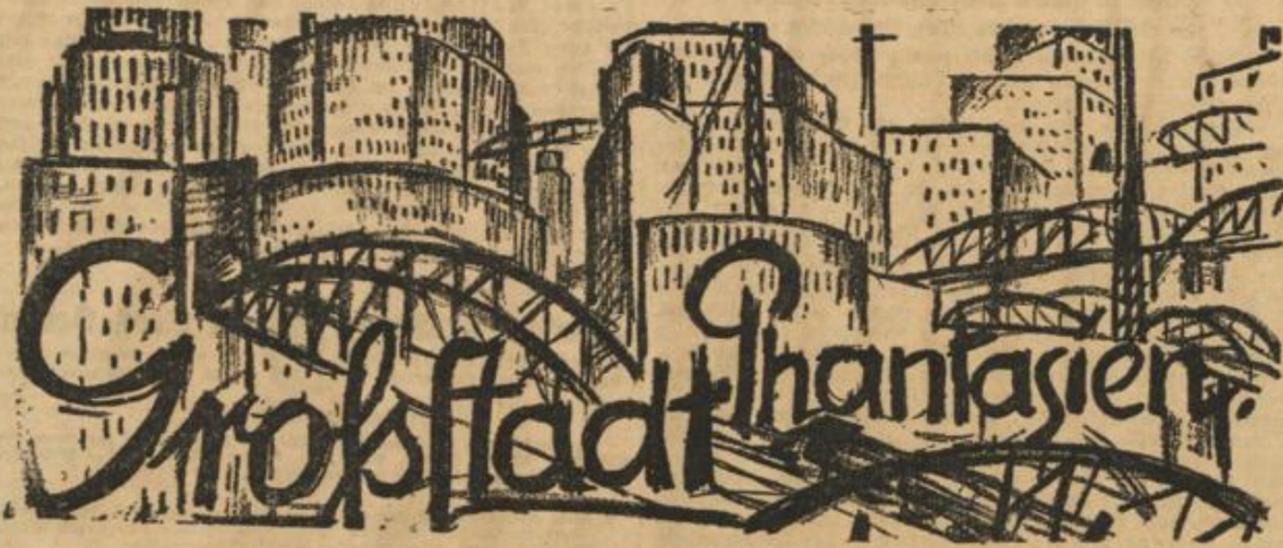
Gewinnauszug 5. Klasse 24. Preußisch-Süddeutsche (250. Preuß.) Klassen-Lotterie.

9. Ziehungstag 16. Februar 1925
Ohne Gewähr Nachdruck verboten
In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M.	44995 267228
2 Gewinne zu 3000 M.	244127 252986
8 Gewinne zu 2000 M.	21902 61487 80452
80772 37713 108112 151852 173825	
7 Gewinne zu 1000 M.	50118 188828 212041
213852 236257 289227 308973	
25 Gewinne zu 500 M.	7889 7981 9628 36551
56849 56935 62926 77689 116335 117624 118888	
140194 158120 168829 190463 208983 218211	
240210 243181 244292 25187 257108 269355	
312949 313723	
81 Gewinne zu 300 M.	3269 5027 7035 8489
15513 16295 17171 18859 221189 23929 37782	
39720 41090 46288 48117 52032 62471 63530	
66227 88906 74336 76791 78699 81551 81606	
89218 92020 101255 104796 108207 109662 118586	
123400 127873 119011 137573 139115 141017	
142152 143094 150085 153765 157548 175820	
178382 188822 191912 193140 197797 198102	
201175 204857 208199 209978 217972 220249	
220991 221643 239128 253101 254841 259248	
260285 262248 263581 265302 270810 271195	
271624 277390 277458 278277 278469 278887	
281813 282878 287319 296121 298863 303432	
313507	

10. Ziehungstag 17. Februar 1925
Ohne Gewähr Nachdruck verboten
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

1 Gewinn zu 50000 M.	54851
1 Gewinn zu 10000 M.	55990
4 Gewinne zu 3000 M.	161575 189417
222982 245250	
5 Gewinne zu 2000 M.	23792 144570 194840
258956 270846	
12 Gewinne zu 1000 M.	45436 46831 60863
93042 100252 160399 166113 206189 257832	
263456 281686 290477	
28 Gewinne zu 500 M.	16787 21450 30916
37709 78688 129467 142393 166498 174914	
182145 191446 202028 203026 213238 214111	
218462 247510 256989 262194 262510 286144	
296924 299548 302454 303485 311789	
88 Gewinne zu 300 M.	6069 7738 8043
17123 23300 32467 34134 36191 37220 37256	
42438 46959 48454 48880 51529 52988 59899	
60485 67732 70030 72373 73109 74618 76611	
91477 97796 98988 107118 109019 109190 100750	
112324 112828 114143 115515 127733 128135	
134916 139111 141116 141853 145705 147823	
154780 164917 168144 172721 182159 191605	
192252 194816 196879 198448 200297 203008	
205330 210948 214081 223433 224816 224090	
229998 232295 235044 239351 242306 248905	
244473 254811 257291 274639 281785 283563	
270999 278542 279418 284970 297031 297125	
298790 301015 302294 302741 303305 310072	
312051	



Berlin hat sich in die Breite gedehnt. Es ist der Riese unter den deutschen Städten geworden. Nur die Berliner fühlen sich nicht recht wohl dabei. Wer die Stadt in der Diagonale kreuzen muß, braucht dazu Stunden, und wenn er zurückkehren will, geht ihm ein Tag verloren. Unsere Massenverkehrsmittel sind so unzulänglich, daß ihre Benutzung so recht die Größe der Stadt zum Bewußtsein bringt. Es ist unerträglich zu wissen, daß der Schnellzug uns in vier knappen Stunden in das Gebirge oder an die See, das Flugzeug in der halben Zeit über die Grenzen des Landes führt, und daß man die gleiche Stundenzahl opfern muß, um eine kleine Reise durch Berlin zu machen. Ueberall ist Aufenthalt. Die Straßenbahn erscheint nur in den Außenbezirken als ein modernes Verkehrsmittel. Die Hochbahn hat eine viel zu träge Zugfolge, die Zahl der vorhandenen Schnellbahnstrecken ist unzureichend. Die Straßen selbst sind zu eng für einen Schnellverkehr für andere Gefährte. Kurz, die Großstadt ist an dem kritischen Punkt angelangt, an dem ihre Schattenseiten das Bild bei weitem zu überdecken beginnen. Mit Grauen denkt der Großstädter an die Zukunft. Phantastische Großstadtbilder von künftigen Zeiten erwecken sein höchstes Interesse.

Zukunftphantasien.

Die amerikanische Zeitschrift „The Experimenter“ brachte kürzlich eine solche Phantasie „Die Stadt in fünfzig Jahren“ heraus. Zu der Ausdehnung in der Breite kommt hier das Wachsen in Höhe und Tiefe hinzu. Die Fernbahnen münden in Röhren, die unter denen der Stadtbahn liegen. Ueber diesen rollen in zahlreichen anderen Röhren die eigentlichen Untergrundbahnlinien. In die Erde haben also die künftigen Städtebauer eine weitverzweigte Verkehrsstadt hineingewühlt, in der der Großstädter horizontal und vertikal befördert wird, denn die einzelnen, wolkenartig verteilten Röhren sind durch Schnellzüge miteinander verbunden. Ueber diesem unterirdischen Straßengemisch streifen sich die oberirdischen Straßenzüge auch gleich zu vierein übereinander. Aufzüge verbinden sie ebenfalls. Die unterste Straße ist den Lastautos vorbehalten, die hier ungestört beweisen können, daß Zeit Geld ist. Ueber dem Lastautoweg schleichen die „rollenden Straßen“, die der Fußgänger nur zu betreten braucht, um stehenden Fußes seines Weges zu rollen. Er kann dabei nacheinander Rollstraßen von verschiedener Geschwindigkeit benutzen. Ueber diesen rollenden Lagern laufen die Straßenbahnzüge ungehindert von dem leichten Getümmel der Fußgänger, Radfahrer, Pferdewagen und Autos. Diese drei Sonderstraßen sind nur durch künstliches Licht erhellt. Nur eine Straßenart wird vom Schein der Sonne bestrahlt und direkt vom Hauch der Luft getrieben, die oberste, die den wirklichen Fußgängern oder auch den Rollschuhläufern vorbehalten ist, wobei frühmorgens die Vorkaufsjugend ist, daß jeder vernünftige Mensch eben Rollschuhläufer ist, um so mehr, als die Rollschuhe von kleinen

Elektromotoren angetrieben werden. Der gesamte Strom wird durch eine Groß-Radio-Kraftstation ausgestrahlt und ist an jeder Stelle beziehbar. Der Grundlag „Alles elektrisch“ ist in fünfzig Jahren ideal verwirklicht. Ueber der obersten Straße aber türmen sich gigantische Wolkenkratzer, gegen die die heutigen wahre Waffentruhen sind. Wir Berliner sind froh, daß wir irgendwo in unserer Stadt ein Meteorologisches Institut haben, in dem sich Gelehrte abmühen, Tag um Tag richtige Wettervorhersagen zu machen, die zuweilen auch zutreffen. Die Stadt in fünfzig Jahren ist über solches Unterfangen hoch erhaben. Sie besitzt ihre Wettermaschine. Ueber hohen Türmen schweben seltsame, strahlende Gebilde, die es erlauben, ganz nach Belieben, Sonnenschein und Regen wechseln zu lassen. Die Sonne wird gezwungen, ihre Strahlen in den Dienst der Großkraftversorgung zu stellen. Dennoch soll in diese mechanisierte Welt ein Schimmer von natürlichem Grün fallen: Die ragenden Wolkenkratzer werden etwa in halber Höhe von wunderbaren Gärten umgeben. Selbstverständlich ist diese Zukunftstadt frei von allen Belästigungen durch qualmende Schloten. Sie wird für diejenigen, die nicht gezwungen sind, in der Unterwelt, abgeschlossen von Sonne und Wind, ihrem Beruf nachzugehen, der gesündeste Aufenthalt sein. Vielleicht wird der eine oder andere an Herzoperierung sterben — von wegen der mangelnden Be-



Ein Verkehrstraum.

wegung. Das aber tut dem Zukunftsideal des „Experimenter“ keinen Abbruch. Auf den Riesenhäusern sind Flugzeugplätze, und die Luft ist von Verkehrsflugzeugen erfüllt. Soweit der „Experimenter“. Es ist nur gut, daß ernsthafte Architekten und Ingenieure der Entwicklung der Zukunftstadt andere Wege weisen.

Die Wirklichkeit.

Solche Phantasien entstehen nicht von ungefähr. Sie geben der Sehnsucht Ausdruck, aus dem als unzulänglich empfundenen gegenwärtigen Zustand der Großstadt herauszukommen. Die Großstadt wird zweifellos in fünfzig Jahren ein anderes Gesicht als heute zeigen. In welchem Grade sie sich ändert, wird von der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse abhängen. In dem Maße, als es gelingt, den Verkehr durch Schnellbahnen und Autos zu bewältigen, werden die Wohnbezirke außerhalb der Arbeitsstadt in weitgedehnten Siedlungen liegen. Wahrscheinlich wird hier das Reihenhäuser vorherrschend sein. Vielleicht entwickelt sich das Auto wirklich zu einem Volkverkehrsmittel, so wie es in Amerika heute schon begonnen hat. Dann wäre die Schaffung von besonderen Autostraßen sicherlich eine brennende Frage. Die Wolkenkratzerstadt ist kein Ideal. Heute werden die unteren Stockwerke der New Yorker Wolkenkratzer nur schwer vermietet, weil sie keine natürliche Lichtzufuhr haben, dauernd im Halbdunkel liegen und künstlich beleuchtet werden müssen. Trotzdem werden die Grund- und Bodenpreise das Entstehen von Hochhäusern begünstigen. Schon heute gibt es in Berlin eine ganze Anzahl solcher hochragenden Bauten. Aber der Grund, auf dem viele dieser Hochhäuser zu errichten wären, sorgt dafür, daß sie nicht allzu sehr in den Himmel wachsen. Er ist nämlich zu weich und daher nicht tragfähig genug. Insbesondere in der Friedrichstadt, im Hauptgeschäftsviertel ist es, wie der Nord-Süd-Bahnbau gezeigt hat, nicht ratsam, wahllos den Bau von Hochhäusern zu beginnen. Es ist keine leichte Aufgabe, eine Stadt wie Berlin in verkehrstechnischer und baulicher Hinsicht auszugestalten. Die Stadt hat, trotz Inflation und anderer Schwierigkeiten, bisher zielbewußt an der Befreiung ihrer Straßen und Verkehrsmittel gearbeitet. Die Nord-Süd konnte bereits teilweise in Betrieb genommen werden. Zwingende Notwendigkeit ist es, sie im Norden bis nach Tegeler durchzuführen. Ein anderer Plan sieht die Verlängerung der Straße Alexanderplatz—Nordring über Dankow nach Rosenthal vor. Die schmählich verlassene U.S.-Schnellbahn wird ebenfalls wesentlich zur Entlastung der oberirdischen Verkehrsmittel beitragen. Die projektierte Verlängerung der Straße Warschauer Straße—Gleisdreieck nach Welken zur Beseitigung des Umfahverkehrs wird bekanntlich in nächster Zukunft verwirklicht werden. Das ist schon ein ziemlich umfangreiches und kostspieliges Programm für die nächsten Jahre. Durchbrüche durch geschlossene Häuserblöcke zur Anlage von Straßen, die einige der Hauptverkehrswege verbinden und zu ihrer Entlastung beitragen sollen, sind ebenfalls geplant. Daneben besteht die Absicht, durch einen großen Kanal den Tegeler See mit der Spree zu verbinden. Er soll die nordöstlichen Außenbezirke Berlins in einem Viertelkreis durchschneiden. Hin und wieder werden auch Pläne zur Schaffung neuer Fabriksiedlungen vor den Toren Berlins erörtert.

Alle diese Pläne zeigen noch nichts von dem phantastischen Zukunftsmodell des Experimentes. Immerhin würde die jetzige und erst recht die für die Zukunft geplante Gestalt Berlins nach vor fünfzig Jahren ebenfalls als etwas Unmögliches erschienen sein. In diesem Zeitraum ist Berlin mit amerikanischer Schnelligkeit gewachsen, sind Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn entstanden, ist das Eisenbahnetz ausgebaut und hat das Auto Herrschaft über die Straßen erlangt. In dieser Zeit haben wir den Beginn eines wirklichen Luftverkehrs erlebt. Phantasien sind unterhaltend. Sie sind schnell entworfen und mitgeteilt. Die wirkliche Entwicklung geht unfähig viel langsamer und — wenn man nach langer Zeit vergangener Prophezeiungen mit dem tatsächlichen Geschehen vergleicht, wird man oft feststellen können, daß die Phantasie noch übertraffen wurde.

Vorsicht, Siedler!

Eine Warnung vor einer Siedlungs-Gesellschaft, die uns von einem Geschädigten zugeht, veröffentlichen wir gern im Interesse aller Leser, die siedeln wollen. In der Zeitschrift an uns wird mitgeteilt, daß die Gemeinde Falkensee Bänderreisen durch eine Siedlungs-Gesellschaft parzellieren läßt, an deren Spitze ein Herr Lucas, Hohenzollerndamm 96, steht. Herr Lucas hat einen Unterhändler Buchholz, Aniprodstraße 19, der Parzellen an Siedler gegen Anzahlung und Abzahlung abgibt. Buchholz erläßt Insekate in den Zeitungen und hat bereits von einer großen Anzahl von Siedlern Anzahlungen sich leisten lassen. Er selbst ist weder telephonisch, noch persönlich zu erreichen und geht allen Auseinandersetzungen aus dem Wege. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß Buchholz die Grundstücke mehrfach verkauft hat. Er schiebt

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

Von Wilhelm Hegelet.

Während ein Blitz einen Augenblick das Dunkel erhellt, sah Rysed, wie des Professors Augen in qualenden Zweifeln auf ihn gerichtet waren. „Ich brauche mir wegen der Fahrt doch keine Sorgen zu machen?“ sagte er plötzlich. „Sie sind sich Ihrer Verantwortung bewußt?“ „Keine Gefahr!“ lachte Rysed. „In ein paar Tagen sind wir wieder zurück.“ „In ein paar Tagen kann viel geschehen.“ „Warte der Mann, was er sich selbst kaum andertraute?“ dachte Rysed plötzlich. „Wollte er Dämmerungen ins helle Licht des Bewußtseins beschwören?“ „Was sollte in diesen Tagen wohl geschehen?“ „Am liebsten führe ich mit.“ sagte Hoff vernonnen. „Von allem sich losmachen, das Morgen vergessen, dem Heute leben...“ er holte tief Atem — „ach ja, das wäre schön. Aber —“ unter einem neuen Blitz zuckte er zusammen, und seine Hand fuhr in jähem Schmerz von der Stirn über den Kopf. „Dies elende Gewitter macht einen ganz nervös. Da hat man so manchmal so kuriose Gedanken. Aber warum gleich das Schlimmste fürchten?“ Und die Hand, die sich eben noch auf das Hinterhaupt presste, Rysed entgegenstreckend, sagte er in seltsamer Bewegung: „Sie denken vielleicht, meine Frau wäre mir gleichgültig, weil ich sie so oft allein lasse? Aber manchmal ist eine Trennung notwendig. Und nicht wahr, Sie nehmen sich ihrer an als ein Freund?“ „Well, ich werde tun, was ich kann.“ erwiderte Rysed, dem dieser Gefühlsausbruch nicht recht verständlich war, etwas kühl. Eine Weile noch saßen die beiden Männer, von der Dunkelheit eingesponnen und von ihren eigenen Gedanken. Dann und wann flammte ein Blitz auf und riß ein fables Stück Landschaft aus dem Dunkel: wie das bleiche Gesicht des Todes erschien's dem Professor. Rysed aber, der, von heißen Wünschen und Hoffnungen belebt, in diesem Augenblick den Tod als unwirkliches Phantom verachtete, sah in das dunkle Morgen wie in eine grell aufflammende Gegenwart. Als nach einiger Zeit Elisabeth zurückkam, verließ Hoff sofort den Balkon und ging in sein Arbeitszimmer.

In früher Morgenstunde sah Elisabeth mit den schwachen Kindern am Frühstückstisch. Ralf drängte seine Schwester zur Eile, die Mutter verbot das Hasten. „Doch! Doch!“ versicherte Ralf. „Es ist die höchste Zeit. Gleich wird's sechs schlagen.“ „So pünktlich wird Herr Rysed wohl nicht kommen.“ „Doch! Er hat mir gestern noch gesagt, bei Verabredungen mit dir ist er immer pünktlich.“ Als sollten seine Worte bestätigt werden, brummte nach kurzer Zeit draußen die Hupe. Die Kinder stürzten hinaus. Elisabeth folgte ihnen. Auf dem Gange begegnete sie ihrem Ranne, der eben jetzt sein Zimmer verließ. Er hatte ungewöhnlich langsam Toilette gemacht. Einige Minuten waren ausgefüllt mit Begrüßen, Hin- und Herlaufen, Mäntelanziehen. Elisabeth trat auf ihren Mann zu, und alle Vorwürfe ihres Herzens zurückdrängend, suchte sie mit einem Blick voll Innigkeit die starre Fremdheit seiner Augen zu erweichen. „Leb' wohl, Lieber! Laß es dir gut gehen! Denke freundlich an mich!“ Sie hatte seine Hände ergriffen, ihr Kopf neigte sich ihm entgegen, ihr Mund, eine stumme, fast ängstliche Zärtlichkeit aushauchend, suchte den seinen; ihr ganzer Körper war eine Bewegung des Anschmiegens, die jedoch zerbrach an dem kaum spürbaren, aber unüberwindlichen Gegendruck, womit er sie von sich fernhielt. Die Lippen schließend, näherte er sich rasch ihren Schläfen, berührte kaum die letzten Haarspitzen und stand in sich zurückgewichen, während das gequälte Lächeln den Zwang, den er sich angetan hatte, mehr verriet als verbarg. Schon ratterte der Motor, die Maschine schneifte vorwärts. Die Kinder saßen die Taschentücher flatternd, ihr helles Gesicht vereinigte sich mit der Stimme des Dienstmädchens. Ein Händchen sprang kläffend dem Wagen nach. Ein Wirbel von Bewegung hatte alle erfasst, außer dem einen, nach dem Elisabeth sich noch ein letztes Mal umwandte. Stehend und antwortlos umfing sie die standbildhafte Gestalt, aber ihr Blick glitt ab von den spiegelnden Brillengläsern, und ihr dürstendes Herz verbrannte sich, wie an einem verdorrten Brunnen, an diesen Pügen, die kein innerer Quell belebte. Da sank sie auf ihren Sitz zurück und überließ sich ihren bitteren Gefühlen. Nach einer Weile erwachte sie aus dem Halbschlummer, worin der braulende Luftstrom sie eingelullt hatte. Braune, glänzende Acker umgaben sie, von zitterndem Sonnenblut überrieselte Kornfelder, Wiesen voll Schlüsselblumen, gelb

flammende Kapsbreiten; aus der Ferne leuchtete der rote Hof einer Bäuerin. In der Luft war ein Singen und Klingen und eine solche Fülle von lichtem Blau, daß ihr Blick, den eben noch Trauer und Bitterkeit umdunkelt hatten, wie in süßer Blendung ertrant. „Haben Sie ein wenig geruht?“ fragte Rysed. „Ich glaube beinahe, ich habe geschlafen.“ Sie beugte sich vor und gab ihrer kleinen Tochter einen herzhaften Kuß. Als sie eine wehende Locke unter ihren Schleier zurück-schieben wollte, bat er: „Lassen Sie doch“ und fügte leiser hinzu: „Sie sind so schön!“ „Schön — jung — geliebt, es war, als wenn alles in der weiten Runde sich wiegte im Rhythmus dieser drei Worte. Mit tröstlicher, jubelnder Beglückung, in die zugleich etwas wie eine leise Drohung klang, stieg in ihr das Gefühl auf, daß der Freund sie nicht zurückstoßen würde wie eine ansteckende Kranke. Einen Augenblick überließ sie sich der Vorstellung, wie sie sich zu ihm hinunterbeugte, fühlte sie die gewalttätige Umfassung seiner Arme und den heißen saugenden Druck seiner Lippen auf ihren. Es glied einem selbundenkurzen, schwindelnden Fall, aus dem sie sogleich wieder erschrocken emportaumelte. Sie gab sich anderen Träumereien hin. Heute abend würden sie Margret treffen. Sie sah die Schwester vor sich, ihr verjüngtes Ebenbild, so schlanke, so behend, so morgenfrisch, wie sie selbst einst gewesen war. Die beiden mußten einander gefallen. Vielleicht würde anfangs eine gewisse Fremdheit zwischen ihnen bestehen. Sie kannte Margrets Art, die jede wärmere Regung so gern unter kühler Spottlust verbarg. Rysed aber würde vielleicht anfangs in der Schwester die störende Dritte sehen. Elisabeth erlebte im voraus das erste, etwas gezwungene Beisammensein zu dreien, wenn Rysed über die Schwester weg das Wort an sie richtete. Dann mußte sie die Vermittlerin spielen, mußte eine Gelegenheit finden, um die Schwester aus sich herauszulösen und wirken zu lassen. Würde es leicht sein oder schwer? Wenn nun Margret sich absichtlich zurückhielt, indem sie bei Elisabeth ein wärmeres Interesse für Rysed voraussetzte und ihr nicht Grund zur Eifersucht geben wollte? Margret aber in den Plan einweihen, das hieß, sie von vornherein auffällig machen, zum hochmütigen Nährmädchen. Ach, wieviel Verwirrungen, wieviel Ueberraschungen konnte es noch geben und was für Listen mußte sie vielleicht aufwenden, ehe ihr das Spiel gelang! Denn daß es gelingen würde, davon war sie fest überzeugt! Der Augenblick würde kommen, wo Rysed fest überzeugt!

(Fortsetzung folgt.)

Verkehrsfragen im Reichstag.

Die sozialdemokratische Fraktion für Zentralisation.

Der Reichstag legte gestern die zweite Lesung des Reichshausplans fort beim Reichsverkehrsministerium. Der Ausschuss fordert u. a. den Entwurf eines Reichswasserstraßengesetzes. Ferner erachtet er die Reichsregierung, der Entwicklung des Kraftverkehrs besondere Beachtung zu schenken und jedem Versuche der Reichsbahn, diese Entwicklung im Interesse der Ausnutzung des Eisenbahnmonopols zu hindern, entschieden entgegenzutreten. Weiter sollen die Bahnhofsbuchhandlungen von Schmutz- und Schmutzschritten gesäubert werden.

Abg. Schumann-Frankfurt (Soz.)

gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß die Vorteile der Vereinheitlichung des Verkehrsnetzes seit von allen Seiten anerkannt werden. Wir wären besser gefahren wenn die Vereinheitlichung schon geschäffen wäre, als wir sie gefordert hätten. Nur das Aninanden greifen aller Verkehrseinrichtungen ermöglicht den größten volkswirtschaftlichen Nutzen. Die gesunde Entwicklung des Eisenbahnwesens ist leider durch die Gründung der Eisenbahngesellschaft gestört worden. Wir können das zurzeit leider nicht ändern. Um so nachdrücklicher muß die großzügige Förderung der anderen Verkehrsmittel durch das Reich gefordert werden. In erster Linie muß für den Ausbau der Wasserstraßen alles Notwendige getan werden. So ist der noch unferne Teil des Mittel-Landkanals möglichst schnell fertig zu stellen und dem Verkehr zu übergeben. Es machen sich Bestrebungen breit, die eine Umänderung der Linienführung wünschen. Wenn wir ihnen nachgeben wollten, so würde der Bau um viele Jahre verzögert werden. In der sogenannten mittleren Linie muß unbedingt festgehalten werden. Von großer Bedeutung ist auch der Rhein-Main-Kanal, nicht nur als Verkehrslinie, sondern

auch für die Kraftverforgung.

Wein an der Strecke Aschaffenburg-Passau können 33 Kraftstationen errichtet werden. Auch bei den anderen Kanälen spielt neben der Verkehrsentwicklung die Kraftverzeugung eine wesentliche Rolle. Leider sind die Organisations- und Rechtsfragen noch ungeklärt, wir müssen eine einheitliche Verwaltung und ein einheitliches Reichswasserstraßenrecht haben, bei denen auch die Interessen und Wünsche der Länder gebührende Beachtung finden können. Nicht nur in Bayern, auch in Preußen haben einige Parteien Vorstöße gegen die Einheitlichkeit des Wasserstraßenwesens unternommen. So wurde im Preussischen Landtag von der Volkspartei und den Deutschen Nationalen beantragt, daß das Reich vom weiteren Bau von Wasserstraßen Abstand nehme, daß das Reich lediglich die Oberaufsicht behalte, die Länder aber die dauerliche Verwaltung und den Betrieb übernehmen sollen. Wir bekämpfen auf das schärfste diese Absichten, die die Einheitlichkeit des Wasserstraßenwesens durchkreuzen. Es sind auch Bestrebungen zutage getreten, die dem Reich das Schlepptimonopol auf den westlichen Kanälen nehmen und es einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen übertragen wollen. Auch hiergegen wenden wir uns energisch, da das Reichsmonopol bisher gut funktioniert hat.

Der von Jahr zu Jahr steigenden Kraftwagenverkehr muß die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden, aber auch hier sind einheitliche Grundzüge zu schaffen. Wie uns ist das Kraftwagenwesen noch unentwickelt. Während in Amerika auf jeden 6. in England auf jeden 50., in Frankreich auf jeden 90. Einwohner ein Kraftwagen entfällt, kommt bei uns erst auf 300 Einwohner ein Kraftwagen. Zweifellos wird der Verkehr nach ganz andere Formen annehmen als bisher. In Paris fand kürzlich eine internationale Besprechung statt, es ist zu bedauern, daß über deren Ergebnisse dem Reichsbeirat für Kraftwesen noch nicht berichtet worden ist. Der Zubringerverkehr ist durch Abgaben so stark belastet, daß er sich nicht entwickeln kann.

Das Landstraßenwesen muß so gefördert werden, daß es den gesteigerten Verkehr ertragen kann.

Die Verkehrssicherheit läßt leider noch viel zu wünschen übrig. Die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen auf Einrichtung von Kraftwagenführerschulen werden noch nicht so gefördert, wie es notwendig wäre. Die milden Führer könnten bereitgestellt werden, wenn entsprechende Schulen eingerichtet sind. Bei zu wünschen übrig läßt auch noch der Kraftfahrzeugverkehr in den Großstädten. In Berlin müssen die Führer 24 Stunden auf dem Wagen sitzen, weil sie innerhalb 12 Stunden nicht soviel verdienen, um davon leben zu können. Als das Berliner Polizeipräsident eine Änderung dieser Verhältnisse verlangte und die Führer eine Neuordnung des Lohnes wünschten, wurde das von den Unternehmern abgelehnt, und sie suchten dann noch nach anderen Mitteln, die sie selbst im Fahren ausbilden wollten. Solche unhaltbaren Zustände müssen beseitigt werden.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen besitzt das Reich gegenüber der Eisenbahngesellschaft nur wenig Rechte, aber sie müssen bis aufs äußerste ausgenutzt werden. Wir wollen gegen die Reichsbahngesellschaft keine Kampfstellung einnehmen, sondern müssen versuchen, auf dem Verhandlungswege möglichst viel herauszuholen. Darüber hinaus haben wir zu versuchen, die uns zustehenden Rechte noch zu erweitern.

Verlangen müssen wir, daß die Reichsbahngesellschaft nicht bloß Uebererschüsse erzielt, sondern die notwendigen Rücklagen auf die deutsche Volkswirtschaft nimmt.

Wenn man sich das Verhalten der Reichsbahngesellschaft betrachtet, so erkennt man, daß sie diesen Grundgedanken vernachlässigt, beispielsweise in der Tarifrage. Es sind Bestrebungen im Gange, um den Wasserstraßen zugunsten der Reichsbahn eine unfaire Konkurrenz zu machen und sie möglichst auszuschalten. Aber nicht bloß der Eisenbahnverkehr, sondern auch die Wasserstraßen und der Kraftwagenverkehr müssen nach den Bedürfnissen der ganzen Wirtschaft eingestellt sein. Das Verkehrsministerium hat auch die Pflicht, nachzuprüfen, was mit dem der Reichsbahngesellschaft übergebenen Material geschieht. Wenn die Bestrebungen, möglichst hohe Uebereschüsse herauszuwirtschaften, überwiegen, dann würde das Reich bei der Wiederübernahme die Eisenbahnen völlig heruntergewirtschaftet vorfinden.

Auf schärfste wenden wir uns gegen die Tendenzen, die zur Schließung einer Reihe von Werkstätten geführt haben.

Man ist dabei ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der davon betroffenen Gegenden vorgegangen, man hat sich um die Arbeiter nicht gekümmert, die keine Gelegenheit finden, in anderen Berufen unterzukommen, nachdem sie oft ein Menschenalter in den Werkstätten beschäftigt waren. In Erfurt sind 1026 Arbeiter entlassen worden und nur durch die Intervention des Deutschen Eisenbahnerverbandes konnte verhindert werden, daß am 28. Februar noch weitere 1300 Arbeiter entlassen werden. Als die Vertreter der Organisation darauf aufmerksam machten, daß bei der Schließung der Werkstätten doch auch Staatsnotwendigkeiten und soziale Rücksichten in Betracht kämen, da wurde von dem Vertreter der Reichsbahngesellschaft geantwortet, das gehe ihn nichts an, er handle nur im Sinne

der ihm übertragenen Richtlinien (Hört, hört! bei den Soz.) Wir erheben schärfsten Protest dagegen und verlangen vom Reichsverkehrsministerium, daß es alles aufbietet, daß solche Zustände beseitigt werden.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Lohnpolitik. Die Reichsbahngesellschaft soll ein Musterbetrieb sein, nicht nur in ihren volkswirtschaftlichen Leistungen, sondern auch bei der Entlohnung. Ihr Erfolg ist von der Tätigkeit der Arbeiter und Angestellten abhängig. Aber in bezug auf die Löhne sieht es sehr traurig aus. Der Redner legt zwei Lohnsätze von Leipziger Arbeitern vor, von denen der eine 99,11 M., der andere 86,20 M. im Monat, also 22 und 20 M. die Woche ausgezahlt erhalten hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Dem gegenüber müssen die Gehälter gestellt werden, die den leitenden Beamten gezahlt werden. Zu einem Einkommen von 10.000—24.000 M. im Jahre kommen noch Leistungszulagen und Dienstaufwandsentschädigungen. Jirka 1000 höhere Beamte beziehen das Vierfache an Leistungszulagen von dem, was 50.000 mittlere und untere Beamte bekommen. Die Beamten des Reichsverkehrsministeriums, die als Aufsichtsrat tätig sind, kommen geradezu in Gefahr, ihre Aufgaben nicht zu erfüllen, wenn sie sich sagen, daß sie vielleicht in wenigen Monaten gleichfalls in solche Stellungen einrücken könnten. Wenn man alle diese Summen zusammenrechnet, dann würde man die berechtigten Forderungen der unteren und mittleren Beamten schon erfüllen können. Wir müssen weiter feststellen, daß bei der Wahrung der Rechte der Reichsbahnbeamten die Zulagen bisher nicht erfüllt sind, die im Ausschuss gemacht wurden.

Die Arbeiter und Beamten verlangen vom Reichstag, daß er ihnen den notwendigen Schutz gegen die Willkür der Reichsbahngesellschaft gewähre. Die fordern vom Verkehrsministerium, daß es alles tut, um die Rechte der Arbeiter und Beamten zu sichern.

Die Verkehrsunternehmen müssen zu dem gemacht werden, was sie sein müssen im Interesse einer gesunden Entwicklung der Volkswirtschaft (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Koch-Düsseldorf (Dnat.) hat lebhaft Bedenken, ob das neue internationale Regime bei der Reichsbahngesellschaft auch die deutschen Wirtschaftsinteressen ausreichend berücksichtigen werde.

Abg. Groß (D.) begrüßt die durch den Staatsvertrag auf dem Gebiete der Wasserstraßen erzielte größere Einheitlichkeit, hält aber eine gewisse Selbständigkeit der Einzelstaaten besonders bei der Ausnutzung der Wasserstraßen für notwendig. Der Entwicklung des Luftverkehrs müsse die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Reichsbahnverwaltung habe die moralische Verpflichtung, die Wünsche des Reichstages zu berücksichtigen. Ein Skandal sei es, daß man die treuen Ruhrbeamten abgebaut habe.

Reichsverkehrsminister Krohne erklärt sich bereit, die vorgebrachten Beschwerden auf das sorgfältigste nachzuprüfen.

Abg. Dr. Gildemeister (D. Sp.) stellt als einmütige Meinung des Reichstages fest, daß das Verkehrsministerium erhalten werden müsse. Die Befugnisse der Reichsbahngesellschaft seien streng abgegrenzt und dürfen nicht erweitert werden. Eine Monopolisierung des Verkehrswesens durch die Reichsbahn sei nicht zulässig. Der Redner regt an, den Kraftwagenverkehr auf dem Lande zu erweitern. Der ungebührlichen Erhöhung der Beamtengehälter bei der Reichsbahn könne die Reichsregierung nicht ohne Widerspruch zusehen, weil dadurch die gleichstehenden Beamten der anderen Verwaltungen herabgesetzt werden. (Zustimmung.)

Abg. Schüb (Komm.) kritisiert die hohen Gehälter der höheren Eisenbahnbeamten.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Illegale.

Der Schwörerjumpf der Kommunistischen Partei.

Im weiteren Verlauf seiner gestrigen Vernehmung sagte Neumann aus: Ich erhielt von „Helmuth“ jeden halben Monat 300 Dollar. — Vors.: Bei Ihrer früheren Vernehmung haben Sie erklärt, der Geldgeber sei der Reichsturierleiter Klemm gewesen. — Angekl.: Geldgeber war die Kasse. Wegen Differenzen in der Kasse bestanden Auseinandersetzungen zwischen dem Kassierer Charpentier und dem Sekretär der P-Abteilung Kreh. Deswegen erhielt ich von „Helmuth“ Anweisung, die Abrechnungen persönlich zu übergeben. Ueber die Verrechnungsmethoden zwischen dem Angeklagten und der Kasse entspannen sich längere Auseinandersetzungen mit der Verteidigung. — R. A. v. Bagnato: Sie sollen Ihre Gruppe zweimal auf eine Woche im Voraus einlösen haben, sollen einigen Mitgliedern 200 Mark extra gegeben haben? — Angekl.: Das ist mir nicht bekannt. — Der Angeklagte Margies steht auf und deutet auf sich selbst. — Neumann: Ich habe Margies eine größere Summe für die organisatorischen Zwecke gegeben in Heidelberg und Mannheim. Nach seiner Rückkehr aus Mannheim hat er mit mir abgerechnet und den restlichen Betrag abgegeben. — Nach einer Pause wurde auf Wunsch der Verteidigung eine Abschrift der von R. A. Dr. Samter erwähnten

Richtlinien für die illegale Tätigkeit der KPD.

verlesen. Das Original des Schriftstückes befindet sich bei den Akten des kommenden Prozesses gegen die Mitglieder der Zentrale der KPD. Das Schriftstück weist darauf hin, daß der dritte Kongress der Kommunistischen Exekutive ebenfalls Richtlinien für die Tätigkeit der Kommunistischen Partei bei deren Verbot festgelegt habe. Die KPD. sei durch die Oboberwiederlage und durch das Verbot der Partei überrascht worden. Für ihre unterirdische Existenz gelte als oberster Grundgedanke: Möglichste Kampfbereitschaft. Zum Punkte „Verschwörerjumpf“ wird, was für die vorherigen Aussagen des Neumann von besonderem Interesse ist, unterlag, daß bei illegaler Tätigkeit der Partei irgend welches schriftliche Material, Adressen oder sonst dergleichen von den Mitgliedern der Partei bei sich geführt werden.

Reichsanwalt Neumann: Das Schriftstück ist nach Untersuchung des Richters beim Staatsgerichtshof in Stargard bei einem Kommunisten namens Bernhardt in Rostock in dessen Wohnung beschlagnahmt worden. Auf Befragen der Verteidigung erklärt der Angeklagte Neumann, daß er dieses Schriftstück nicht kenne. Wenn er nach diesen Instruktionen hätte handeln sollen, dann hätte man nicht von ihm verlangen können, daß er über alle Einzelheiten in seinem Apparat eingehende Berichte zu erhalten habe. Reichsanwalt Neumann beantragte dann zum Beweise dafür, daß die KPD. bereits etwas Ähnliches in dem offiziellen Hallesker Organ „Der Klassenkampf“ vom 4. Juni 1924 in einem Parteibefehl veröffentlicht habe, der vom 26. Mai 1924 datiert war und die Unterschrift trug „Zentrale der KPD.“, die Verteilung einer Abschrift dieses Artikels im „Klassenkampf“. Das Gericht beschloß demgemäß, und der betreffende Artikel wurde verlesen. Der Parteibefehl enthält das unbedingte Schweigeverbot für alle Mitglieder bei politischen und sonstigen Vernehmungen. Für Zuwiderhandlungen wird Ausschluss aus der Partei angedroht. — Neumann erklärt, daß ihm dieser Parteibefehl schon deshalb unbekannt sei, weil er erst nach seiner Verhaftung herausgefunden sei. Jugend welche Direktiven für sein illegales Verhalten seien ihm nicht gegeben worden. — Dann wurde

der Fall Schlotter

welter erörtert. Bei einer Zusammenkunft, bei der außer Neumann auch Margies, Voegel und König zugegen waren, wurde vereinbart, Schlotter beim Verlassen des von ihm oft besuchten Lokals „Arche Noah“ zu erledigen. Margies machte wieder den Vorschlag, Schlotter niederzuschlagen und ihm, wie es in dem Falle Regel geplant war, mit einem Rasiermesser die Schlagader durchzuschneiden. Vorher hatte Margies schon vorgeschlagen, zur Wohnung des Schlotter zu gehen, an dessen Wohnungstür eine Bombe mit schwacher Ladung niederzulegen, durch deren Explosion Schlotter herausgeschleudert werde, während dann beim Öffnen der Tür eine starke, schwere Bombe explodiere und so Schlotter erledigen sollte. Dieser letzte Plan fand jedoch keine Zustimmung. Voegel und König sollten die Tat — mit Folschläger und Rasiermesser — ausführen. Die übrigen sollten sie decken und Bräuner sollte bereitstehen, damit die Flucht im Kraftwagen bald erfolgen könne.

Als der Angeklagte hierzu erklärt, daß der Chauffeur Mörsner über die Erledigung Schlotters nicht im Bilde war, verweist der Vorsitzende darauf, daß er in der Voruntersuchung das Gegenteil ausdrücklich angegeben habe. Trotzdem bleibt der Ange-

klagte bei seiner heutigen Angabe, er habe ihn von vornherein in die Angelegenheit nicht unnötig hineinbringen wollen.

Wie dem festgestellt wurde, haben die Mitglieder der Gruppe zweimal bei dem Lokal „Arche Noah“ vergeblich Aufstellung genommen. Schlotter kam aber nicht und damit war der Fall erledigt.

Dann kommt der Vorsitzende auf den Fall Jant

zu sprechen und verliest hierzu zwei Zettel, die bei der Verhaftung Neumanns bei diesem gefunden wurden. Der erste trägt die Aufschrift „R. 12“ und „Jant“ von der Nachrichtenwarte. Es heißt darin, daß die Nachrichtenzentrale aus Pommern einen Bericht über Spitzelvorgänge innerhalb der P-Abteilung erhalten habe. Es handele sich um einen Spitzel namens Jant. Weiteres Material werde folgen.

In einem zweiten Zettel, der ebenfalls die Ueberschrift „R. 12“ und das Datum 31. Januar 1924 trägt, wird dem Jant, der aus Wismar stammt, vorgeworfen, daß er sich an politische Gelegenheiten herannäherte, um sie auszuhebeln und um auf sie zersetzend zu wirken. Er habe sich auch an führende Persönlichkeiten herangewandt, so u. a. an Bogenhardt und habe sich gerühmt, daß er in der Lage sei, die ganze Veruha (deutsch-russische Handelsvertretung in Berlin), bei der Bogenhardt angestellt sei, hochgehen zu lassen. Ferner wird in dem Zettel behauptet, daß Jant die Geheimnisse der P-Abteilung austuschle. Ebenso wird ihm vorgeworfen, daß er die Entdeckung einer Berliner Villa, die dieser Abteilung gehört habe, verurlicht hätte und daß er ferner den Bezirkssekretär für Pommern bei der Polizei denunziert habe. Der Angeklagte Neumann erklärt zu diesen Zetteln, daß er sie kurz vor seiner Abreise nach Frankfurt von Kreh erhalten habe.

Reichsanwalt Neumann: Ich möchte schon jetzt ankündigen, daß ich den Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Jürgen als Zeugen dafür laden werde, daß die in diesen Zetteln erwähnten Einzelheiten sich als richtig erwiesen haben. Jürgen hat die Untersuchung gegen Bogenhardt geführt, gegen den wir jetzt Anklage beim Staatsgerichtshof eingereicht haben.

Reichsanw. Dr. Wolf: Die Verteidigung wird sich eingehende Gegenbeweise vorbehalten.

Reichsanwalt Neumann (zum Angeklagten Neumann): Was heißt denn P-Abteilung?

Angekl.: Das bedeutet

Partisanen-Abteilungen.

Diese Abteilungen wurden vom „Revolo“ in denjenigen Bezirken gebildet, die größtenteils von ländlicher Bevölkerung bewohnt waren, und zwar bildeten diese Gruppen von 5 bis 15 Personen, die die Aufgabe hatten, bei eventuellen Aufständen einen sogenannten Guerilla-Krieg zu führen. Sie sollten Sprengungen vornehmen, den Einmarsch von Truppen auf Berlin verhindern und die Feindseligkeiten gegen schrittweise eingestellte Outbesitzer und Bauernorganisationen eröffnen. Sehr eingehende Instruktionen sind in dieser Richtung vom Chef der „Revolo“ in Gemeinschaft mit Eberlein an die militärischen Leiter der Ortsbezirke ergangen, so zum Beispiel an den Oberleiter Jürgens vom Oberbezirk Nord (Rostenburg-Pommern).

Reichsanwalt Neumann: Wer war denn der Leiter der P-Abteilung?

Angekl.: Ein gewisser Andre. Das war aber nur ein Deckname. Es war ein Russe, dessen Namen ich sonst nicht kenne. Das habe ich jedenfalls von dem Oberleiter von Nordwest erfahren, der von einer bestimmten Stelle Anweisung erhalten hatte, nicht nur von „Revolo“, sondern von Andre Befehle entgegenzunehmen.

Weiter habe ich erfahren, daß Bogenhardt ausersehen war, im Oberbezirk Südwest solche Partisanen-Gruppen zu bilden. Meine jagte mir, er kenne Bogenhardt von der Deutsch-Russischen Handelsvertretung her. Er sei ein sehr tüchtiger Mann, das wisse ich auch schon aus seiner Tätigkeit in Paderborn.

Als Staatsrat Fränkl gegen diese weitere Verragung Neumanns als unerheblich protestiert, erklärte der Reichsanwalt, daß er aus diesen Darlegungen leicht die Glaubwürdigkeit des Angeklagten Neumann beurteilen könne.

R. A. Dr. Wolf: Die Verteidigung behält sich eine Stellungnahme zur Glaubwürdigkeit Neumanns, der ja von anderer Seite als „Verräter“, „Hysteriker“ und „Lump“ bezeichnet wird, noch vor. Dem Herrn Reichsanwalt möchten wir aber sagen, daß wir uns ihm ein ganz anderes Material erwartet haben als das, was bis jetzt hier vorgebracht worden ist.

Es werden dann noch zwei Fälle erörtert, und zwar handelt es sich um den Fall Kaiser-Sohn, zwei württembergische Kommunisten, die von König als Spitzel der württembergischen Landespolizei bezeichnet waren. König hat diese beiden Namen dem Neumann angegeben, dieser hat ihn jedoch an den Angeklagten Diener verwiesen. Weiter fand in dieser Angelegenheit nichts statt. Dann war bei Neumann auch ein Zettel gefunden worden, auf dem die Namen Müller und Braune, ebenfalls zwei Stuttgarter, verzeichnet waren, die nach Angabe des Krefz ebenfalls als Spitzel verdächtigt waren. Wollenberg hatte diesen Verdacht jedoch für haltlos erklärt, so daß in dieser Angelegenheit nichts geschah.

Vorj.: Ist es richtig, daß Sie Ihren Gruppenmitgliedern eingeschärft haben, bei eventueller Festnahme nicht zu verraten, daß sie im Auftrage der Partei handeln?

Angell: Jawohl, das war mir von „Helmuth“ befohlen worden. Wir sollten niemals sagen, daß wir die Aufträge für die Partei durchführten.

Im Anschluß hieran kam es zu lebhaften, teilweise sehr erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Angeklagten Neumann und den kommunistischen Verteidigern über die Frage, ob Neumann tatsächlich im Auftrage der Partei gehandelt hat.

Neumann bejahte das mit dem Hinweis, auf seine engen Beziehungen zu Brandler, Brandler, so erklärte er, war ja während der Zeit der Illegalität der Partei der Chef des „Fünfer-Kopfes“. Infolgedessen vertrat er tatsächlich die Partei.

R.-A. Dr. Wolf: Das ist unrichtig, denn im befestigten Gebiet war die Partei nicht verboten. Infolgedessen bestanden dort die legalen Organisationen.

Angell: verweist dann weiter darauf, daß Brandler über ihn, Neumann, ursprünglich anderweitig verfügen wollte, aber auf Anraten „Helmuths“ davon wieder abgesehen ist.

R.-A. Dr. Wolf: Wenn Brandler wirklich der eigentliche Führer war, dann hatte doch „Helmuth“ nicht dreinzureden.

Angell: „Helmuth“ ist von Rostau, und zwar von der „Komintern“ nach Deutschland delegiert worden. Er war also den Führern der R.P.D. ebenbürtig. Jedenfalls hat er mit ihnen sehr freundschaftlich verkehrt. Die „Komintern“ hat ja auch Kleine (Guralisti Chajez, D. Red.) in die Zentrale delegiert und auf ihren Befehl ist auch die Bervollständigung der Zentrale um vier Mann zurückzuführen. Aus diesem Grunde wurde ja Bierath, Berlin zum Mitglied der Reichszentrale gemacht. Kleine wurde dann für die Oktober-Niederlage verantwortlich gemacht und kaltgestellt. Er legte mir damals selbst: „Ich gehe jetzt in die Verbannung nach Paris, ich warte nur noch auf meinen Paß.“ (Den er von der hiesigen Bottschaft bekam. D. Red.)

Vorj.: Woher hatten Sie nun den Eindruck, daß Sie bei der Zentrale reorganisieren?

Angell: Ich habe ja schon gesagt, es wurde in einer Sitzung in Mariendorf eine Umwandlung beschlossen, und zwar wurde das Revolutionskomitee aufgelöst. Aus der Tatsache, daß damals erst eine militärische und dann eine politische Sitzung stattfand, geht doch klar hervor, daß die Partei mit der militärischen Organisation ganz einverstanden war, daß sie sie nicht nur billigte, sondern daß auch die Besetzung der militärischen Führerstellen nur im Einverständnis mit der Partei erfolgen durfte.

R.-A. Dr. Wolf: In dieser Sitzung war doch nicht die ganze Zentrale anwesend.

Angell: Neumann: Aber deren Chef, nämlich Brandler, ferner derjenige, der jetzt eine so große Rolle im linken Flügel der Partei spielt und Vorsitzender der Reichstagsfraktion ist, nämlich Schäffmann.

R.-A. Dr. Wolf: Damit ist doch nicht bewiesen, daß die anderen Mitglieder der Zentrale mit Brandler einverstanden waren. Brandler mag ja für militärische Dinge geschwärmt haben. Wir werden Ihnen aber beweisen, daß politischer Leiter der R.P.D. jemand anders war.

Angell (sehr erregt): Brandler war doch Vorsitzender des „Fünfer-Kopfes“.

R.-A. Dr. Wolf: War der „Fünfer-Kopf“ vielleicht der Leiter der Partei?

Angell (in wachsender Erregung): Die Bildung des „Fünfer-Kopfes“ ist im Parteiausschuss beschlossen worden. Den Beschluß habe ich im Stenogramm gesehen, und zwar wurde er mir von Heinz Neumann geschickt, der mit allen Abteilungsleitern der Zentrale in engerer Führung stand.

Waren denn in der Rosenhaler Straße bei den Zentralisierungen alle 26 Mitglieder anwesend? Da waren doch auch nur Vied, Brandler, Thothelmer, Eberlein und die alle Herza (Stassowa, D. Red.), und an der Zentralisierung in Dresden haben wieder nur Brandler, Vied, Eberlein usw. teilgenommen. Wer leitete denn die Zentrale im Sächsischen Landtag? Brandler leitete sie.

Auf Befragen des Vorsitzenden schildert Neumann dann den Verlauf der Sitzung in Mariendorf am 9. Oktober 1924, an der auch zwei Russen teilgenommen haben. In der Beratung der militärischen Frage hatten sich diese beiden Russen nicht beteiligt, wohl aber „Helmuth“, den der Angeklagte in diesem Sinne nicht als Russe, sondern als Mitglied der deutschen Bewegung bezeichnete. Bei der Teilnahme Brandlers an dieser Sitzung in Mariendorf sei es ihm vorgekommen, als wenn Brandler einen vorher gefassten Beschluß, die militärische Abteilung weiter bestehen zu lassen, vertreten wolle.

Vorj.: Wer sollte denn diesen Beschluß gefaßt haben?

Neumann: Den Beschluß kann nur die Stelle, der Brandler angehört, nämlich die Zentrale der Partei, gefaßt haben. Die Versammlung wurde dann rein politisch geführt. Alle Teilnehmer, die nur der militärischen Organisation und nicht der politischen angehörten, verließen den Versammlungsraum, und es blieb nur die politische zurück. Dann ist nur über politische Fragen gesprochen worden. Es handelt sich darum, festzustellen, ob die Parteileitung an dem Weiterbestehen der militärischen Abteilung interessiert war und sie gebilligt hat.

R.-A. Dr. Wolf: sucht durch Fragen das Gegenteil zu beweisen.

Neumann: Es ist auch über Verkehrsfragen gesprochen worden. Reichler, der Leiter der Abteilung „Verkehr“, war auch dorthin beordert worden. In dieser Sitzung war vom I.-Gruppen noch nicht die Rede.

Vorj.: Haben Sie sonst Sitzungen beigewohnt, in denen die Rede von I.-Gruppen gewesen ist?

Neumann: Nein.

Vorj.: Bei der Durchsuchung des Zimmers der Landtagsabgeordneten ist eine Liste von französischen Kommunisten gefunden worden.

Wie der Reichsanwalt hierzu festgestellt wurde dieses Schriftstück im Wandschrank des Abgeordneten Vied gefunden.

Es wird dann die Verhaftung des Neumann behandelt.

Neumann: Wir sahen am 27. Februar 1924 zu der Geburtsfeier des Rörsney in dem Lokal von Broß in Stuttgart zusammen und wurden wegen Uebertretung der Polizeistunde vom Polizeibeamten aufgefordert, mit zur Wache zu kommen. Ich nannte mich Burg, und wegen der Papiere, die ich bei mir trug, versuchte ich zu fliehen. Der Polizeibeamte holte mich aber ein. Ich versuchte ihn durch Bedrohung mit meiner Pistole einzuschüchtern. Der Beamte hob die Hände hoch. Ich wollte ihn aufordern, zur Wache zurückzugehen und mich kaufen zu lassen. Plötzlich schlug er mir die Waffe aus der Hand, wir fielen beide hin. Es gelang dem Beamten aber, mir dabei die Waffe zu entreißen. Ich sprengte darauf auf und bat ihn, mich gehen zu lassen, ich sei kein Verbrecher, sondern ein politischer Mensch und hätte Frau und Kind zu Hause. Aber er ließ sich nicht darauf ein. Ein zweiter Polizeibeamter erschien, sie nahmen mich fest und führten mich zur Wache. Dort wurden mir alle Papiere abgenommen, und ich wurde in eine Zelle gebracht. Am nächsten Tage wurde ich dem Polizeipräsidenten in Stuttgart zur ersten Vernehmung zugeführt. Ich hatte bei meiner Festnahme versucht, eine zweite Pistole fortzumerfen, aber es war mir nicht gelungen.

R.-A. Dr. Schindler: War der Angeklagte Neumann bei seiner Festnahme betrunken?

Neumann: Ich glaube, daß ich ziemlich stark angeheitert war und habe mich auch auf der Wache übergeben.

Dr. Schindler: Hat Voegel zu dem Angeklagten Neumann gesagt: Verhalten wir uns ruhig, dann kann uns nichts passieren.

Angell: Nein.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen und auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

Hausdurchsuchung bei der Kommunistischen Partei.

In den Räumen der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Rosenhaler Straße, in der Redaktion der „Roten Fahne“ und in der Verlagsdruckerei fand am Dienstag eine Hausdurchsuchung durch Beamte der politischen und der Kriminalpolizei statt. Wie erinnerlich, hatte die „Rote Fahne“, während noch die Dames-Verhandlungen im Gange waren, Entwürfe über das Eisenbahnstatut veröffentlicht, die, zum Teil wenigstens, auf amtlichen Entwürfen beruhten, und die nach Annahme der zuständigen Stellen, auch wenn die Dokumente hinterher, um die Spuren zu verwischen, ungesichtet worden sind, doch durch unlautere Manipulationen in den Besitz der Zentrale der R.P.D. gekommen sein müssen. Wegen der Veröffentlichung der Dokumente ist gegen einzelne Mitglieder der Zentrale und gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“ ein Verfahren wegen Landverrats eröffnet worden. Bei der Hausdurchsuchung wurden die gesuchten Dokumente nicht gefunden, doch konnte anderes Material beschlagnahmt werden, das der Staatsanwaltschaft bereits zugeleitet worden ist.

Wirtschaft

Wachsende Belastung des Massenhaushalts.

Der Ausweis des Reichsfinanzministeriums über die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben im Monat Januar zeigt, daß sich die Reichsfinanzen auch weiterhin günstig entwickelt haben. Das gesamte Aufkommen an Steuern usw. ist in den ersten 10 Monaten des Rechnungsjahres 1924 ständig gestiegen. Es betrug in Millionen in den Monaten:

April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
524	519	472	588	592	600	657	672	635	769

Während also im Durchschnitt der ersten 9 Monate nur 588 Millionen M. an Steuern usw. aufkamen, betrug das Gesamtaufkommen im Januar 768 Millionen Mark. Damit erhöht sich abermals der Ueberschuß, den die Reichseinnahmen schon in den ersten 10 Monaten gegenüber dem Voranschlag für das Rechnungsjahr 1924 erzielt haben. Während der Voranschlag für alle 12 Monate ein Gesamtaufkommen von nur 5244 Millionen Mark vorsah, beträgt das tatsächliche Aufkommen in den ersten 10 Monaten bereits 6081 Millionen Mark.

Aber auch die Ergebnisse des Monats Januar bestätigen erneut, daß diese günstige Entwicklung der Reichsfinanzen in allererster Linie durch das hohe Aufkommen aus der drückenden Belastung der Massen durch Lohn- und Umsatzsteuer, sowie durch die Verbrauchsabgaben herangerufen worden ist. Wenn man das Aufkommen der einzelnen Steuern in den 10 Monaten April bis Januar den Schätzungen des Voranschlags gegenüberstellt, so findet man, daß der Voranschlag zwar von fast allen Steuern der Massenbelastung weit überschritten wird, dagegen nur von wenigen Besitzsteuern. Das zeigt folgende Uebersicht:

Den Voranschlag haben überschritten	wirklicher Ertrag von April-Jan.	Schätzung für das Rechnungsj. 1924
-------------------------------------	----------------------------------	------------------------------------

Lohnsteuer	1 070	720
Umsatzsteuer	1 555	1 280
Beförderungsteuer	282	160
Zölle und Verbrauchssteuern	1 248	1 099

Dagegen von Besitzsteuern nur		
Einkommensteuer	762	624
Erb- und Schenksteuer	359	144

Sinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind aber folgende Besitzsteuern:

Vermögenssteuer	362	578
Erb- und Schenksteuer	19	30
Kapitalerwerbsteuer	144	188
Grundbesitzsteuer	22	150
Kraftfahrzeugsteuer	44	50
Bekleidersteuer	55	65

Zu dem gleichen Ergebnis kommt man, wenn man die Belastung der Massenbelastung gegenüberstellt. Wenn man unter Massenbelastung die Einnahmen aus Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Beförderungsteuer, Zöllen und Verbrauchssteuern zusammenfaßt, ergibt sich, daß das durchschnittliche Monatsaufkommen in den Monaten April bis Dezember 403 Millionen Mark betrug. Im Januar dagegen stieg es auf 528 Millionen Mark. Daher betrug auch in diesem Monat wie im Durchschnitt der vorangegangenen 9 Monate die Einnahmen aus der Massenbelastung 69 Proz. der Gesamteinnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben. Das ist um so bemerkenswerter, als im Monat Januar auch die Einnahmen aus der sonstigen Einkommensteuer infolge des regen Weihnachtsgeschäftes stark gestiegen sind.

Diese Entwicklung zeigt mit unwiderleglicher Deutlichkeit, zu welchen Ungerechtigkeiten das Steuerprogramm der neuen Regierung führen muß. Wenn schon jetzt die Reichsfinanzen in erster Linie auf dem hohen Einkommen der drückenden Massenbelastung beruhen, so muß das in Zukunft, wenn die Besitzbelastung durch die Bürgerblockregierung noch weiter abgebaut wird, in noch weit größerer Maße der Fall sein. Die weitgehende Ueberschreitung der Voranschläge durch die Steuern der Massenbelastung müßte jede sozialempfindende Regierung veranlassen, diese Steuern energig abzubauen. Die neue Rechtsregierung aber tut das Gegenteil. Sie baut die Besitzsteuern ab, lehnt die Ermäßigung der Massenbelastung ab. Diese Haltung der Regierung muß in den weitesten Kreisen der Arbeitnehmerschaft gerechtfertigte Empörung hervorrufen. Nicht nur der sozialdemokratische Arbeiter sieht darin eine Frucht der Bürgerblockpolitik, sondern auch die in anderem Lager stehenden Arbeitnehmer werden dies Verhalten der Rechtsregierung verurteilen. Schreibt doch „Der Deutsche“, das Blatt des Herrn Stegerwald, unter dem 17. Februar:

„Ein Etat, der zu 45 v. H. allein auf Umsatzsteuer und Lohnsteuer gestützt ist, wie das im Jahre 1924 der Fall war, ist staatspolitisch als Dauererscheinung unmöglich.“

Es wäre zu wünschen, daß die Zentrumspartei dieser Anschauung entsprechend ihren Einfluß dahin ausübt, daß dieser „staatspolitische“ unhaltbare Zustand beseitigt wird.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Am Sonntag, den 15. Februar, verlor unter Kollegen, der Hausbesitzer

Otto Müller
Wachbühler 17.
Ehe seinem Habentent!
Die Einlieferung findet am Donnerstag, den 19. Februar, nachmittags 3/4 Uhr, im Arrestorium Baumhulsenweg statt.
Die Ortsverwaltung.

ALLES REINIGT
BESSER ALS JEDE SEIFE
KOKONA
REINIGER

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Cöpenick

Defaunung

Unter Bezugnahme auf § 19 der Krankenversicherung hat der Vorstand beschlossen, die Grundbeiträge zu erhöhen, indem bei nur Lohnsteuer aufgeführt werden, und zwar:

Stufe	Beruflich	Grundl.	Beitrag	monatl.
-------	-----------	---------	---------	---------

VIII	6,51-7,00	7,00	0,40	14,70 RM
IX	7,51-8,50	8,00	0,50	16,50 -
X	8,51 u. mehr	9,00	0,50	18,00 -

Vorläufiger Beschluß tritt am 1. März d. J. in Kraft.

Die durch die Erhöhung der Grundbeiträge sich ergebende höhere Leistung an Krankengeld tritt 5 Wochen nach dem Tage der heutigen Defaunung in Kraft.

Um die durch die Grundbeitrags-Erhöhung sich ergebende Auswirkung rechtzeitig erkennen zu können, erlassen wir die hiesigen Arbeiter, umgehend die erforderlichen Lohnänderungen an uns einzureichen. Es muß uns daher von allen Arbeitern in Stufe VII zahlenden Mitgliedern der bezügliche Bescheid angegeben werden.

Gleichzeitig wollen wir nochmals darauf hin, daß die Einkommensgrenze zur Krankenzusicherungspflicht ab 12. Januar d. J. auf 2700 M. jährlich erhöht ist. Soweit auch hier die Umänderungen an uns noch nicht erfolgt sind, erlassen wir, dies umgehend nachzuholen.

Beim-Cöpenick, den 15. Februar 1925.
Der Vorstand 109/10
Otto Nickel Fr. Mucken
Vorsitzender Schriftführer

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Klempner Achtung!

heute, Mittwoch, den 18. Februar, abends 7 Uhr, im Rosenhaler Hof, Rosenhaler Straße 11 12:

Vertrauensmännertreffen des Klempner, Die Ortsverwaltung.

HELENENWERK G. m. b. H.
Berlin W. 35, Magdeburger Straße 6
Fernsprecher Kurfürst 6366

Auf Teilzahlung

Möbel

zur Ergänzung

Sofas, Ruhebetten, Schränke, Vertikos, Bettstellen, Matratzen

Waschkommoden, Flurgarderoben, Metallbettstellen

Glogau

Möbel-Spezialhaus
Kottbuser Str. 28

direkt an der Hochbahn

Die Vorbedingung für Ihre **Gesundheit** ist guter Schlaf im guten Bett! **darum**

Bettfedern "Lustig" Fabrik Gustav **Lustig** Prinzenstr. Gundvierzig
Aufpassen! Man irrt sich - Lustig nur

Monopoldaunen echt chinesis. (gesetzl. gesch.) die ideale Bettfüllung, per Pfund M. 8.50

Kriegsgewinnler im alten Rom.

Von Dr. A. Müller.

Das Gewerbe der Kriegsgewinnler ist wohl so alt, wie der Krieg selbst. Sogar aus unglücklichen Kriegen aber mußte diese Sorte Menschen schon im Altertum reichlichen Vorteil zu ziehen. Als Rom im zweiten Punischen Kriege (218 bis 214) am Rande des Abgrundes stand, bildeten sich Gesellschaften von Lieferanten, die sich bereit erklärten, die in Spanien kämpfenden Soldatenarmee mit allem Nötigen zu versorgen. Sie waren auch bereit, dem Staate die Bezahlung bis zum Friedensschlusse zu stunden. Der Staat aber mußte sich — nach Livius — verpflichten, die Lieferanten vom Kriegsdienste frei zu lassen und die Versicherung gegen Seefahrt zu tragen. Wie von anderer Seite berichtet wird, sei auch gefordert und zugelassen worden, während dreier Jahre keine anderen Heereslieferanten zuzulassen. Das war auf den ersten Blick eine so große im Interesse des Staates liegende Tat, daß Livius sagt: „So wurde der Staat mit privatem Gelde verwaltet“. Und doch war das Ganze nur ein Scheinmanöver. Die „Vaterlandsfreunde“ versicherten nämlich alle, mit wertvollen Kriegsgegenständen beladene Schiffe sehr hoch beim Staate, ließen sie auf See andrehen und so versinken. Die Versicherungssumme stiegen sie dann ein, denn der Staat mußte ihnen den „Verlust“ im Renntwert wiedererstaten. Bezeichnender Weise sprach aber der Staat, als der Betrag endete wurde, nicht gegen diese Schwindler ein, weil er, wie ebenfalls Livius berichtet, in dieser schweren Zeit niemanden kränken wollte. Das Volk dachte anders über diese betrügerische Handlungsweise, obgleich es freilich rechtlich von sich aus nichts gegen diese Feinde des Staates unternehmen konnte.

Nicht viel anders wurde der Römische Staat bei seinen öffentlichen Arbeiten über das Ohr gehalten. Rom pflegte seine öffentlichen Bauten nicht selbst auszuführen, sondern alles auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung zu vergeben. Heeresstraßen, Wasserleitungen, Befestigungsarbeiten, Staatsgebäude, Tempel, Anlage ganzer Kolonien, insbesondere der Militärkolonien, wurden auf diesem Wege hergestellt. Dabei kam die Arbeit immer an den Rindfleischfordernden. Auch Lieferungen von Beförderungen von Lebensmitteln und Waffen für das Heer usw. wurden so an den Rindfleischfordernden vergeben. Da natürlich kleine Kapitalisten hierfür nicht in Betracht kamen, so bildeten sich schon damals große Gesellschaften, die ihrerseits über viel Geld und große Arbeitermassen verfügten, und so aus den Staatsaufträgen die größten Gewinne ziehen konnten, da sie nur geringe Löhne zahlten.

Ebenso aber wurden durch den Römischen Staat auch seine Einnahmen durch öffentliche Ausschreibungen vergeben. Insbesondere gilt dies von den Steuern, deren Einziehung nun aber an den Rindfleischfordernden vergeben wurde. So kam es denn auf ganz natürlichem Wege dazu, daß die Steuerpächter die Provinzen, die sie als Gebiet der Steuerentziehung erhalten hatten, ganz nach ihrer Willkür ausbeuteten konnten. Sie verpachteten ihrerseits ihre Vorrechte wieder an andere Unternehmer, die nun durch Fülle die Bevölkerung auspreßten. Und da für diese Steuerentziehung in erster Linie die eroberten Provinzen in Frage kamen, so waren die Gewinne der großen Steuerentziehungsfirmer ganz gewaltig, denn Schonung kannte man nicht. Für die Erhebung der staatlichen Fülle wandte man das gleiche Verfahren an: Aufträge zu Staatsausgaben also wurden immer an den Rindfleischfordernden, Staatseinnahmen an den Rindfleischfordernden vergeben.

Damit gab sich der Römische Staat ganz und gar in die Hände des Rindfleischkapitals. Die Folge war ein ungeheurer Zustrom von Geld nach Rom. Und damit trat die Verlodung zum Luxus jeder Art ganz von selbst ein. Diese Wirtschaftsform war der Anfang vom Ende Roms. Denn sie führte nicht nur zur Verweichlichung, zur Verschwendung des Reichtums nach der einen und der Verarmung des Volkes nach der anderen Seite, sondern sie untergrub auch den Bestand des Staats von Grund aus. Da aber zur Befriedigung des im Ausland hergestellten Luxus das Edelmetall aus dem Lande geführt werden mußte, so trat zugleich eine Verarmung ganz Italiens ein. Zur Zeit des Plinius (23 bis 79 n. Chr.) flossen nicht weniger als rund 16 Millionen Goldmark für Waren ins Ausland, die Hälfte nach Indien. Und da man in Italien selbst wegen des aus den eroberten Provinzen kommenden, aus Pachten fließenden Geldes wenig Gegenstände des Bedarfs herstellte, sondern alles im Ausland kaufte, so mußte der Staat allmählich verarmen. So kam es, daß man ganz von selbst wieder gezwungen wurde, zur Naturwirtschaft zurückzukehren und Naturalsteuern einzuführen. Daher „wandeln sich die öffentlichen Kassen in Staatsmagazine“, sagt Brentano.

Jedem das Seine.



... und für Euch, meine Braven, den Dank des Vaterlandes!

Aber auch die Privatwirtschaft litt unter den Methoden der Kriegsgewinnler. Denn was der Staat machte, tat der Privatmann leider ebenfalls. Wie der Staat seine Lieferungen vergab, so tat es auch die Privatleute. Dies zeigt sich besonders bei den Wägen, die infolge dessen eine ganz ungläubliche Steigerung erfuhr. Die Wägen war in Rom so sehr all. In der Zeit, als diese Kriegsgewinnler sich breit machten, mußte z. B. Sulla (87 bis 78 v. Chr.) als junger Mann für die von ihm in einem Privathause bewohnte Wohnung 450 Goldmark zahlen, während ein Freigelassener 500 Goldmark zu zahlen hatte. Und wenn man sich vergegenwärtigt, daß es schon damals seit alters in Rom Mietkassernen gab, so kann man berechnen, welches der Gewinn dieser Hausbesitzer war.

Über auch die Privatwirtschaft litt unter den Methoden der Kriegsgewinnler. Denn was der Staat machte, tat der Privatmann leider ebenfalls. Wie der Staat seine Lieferungen vergab, so tat es auch die Privatleute. Dies zeigt sich besonders bei den Wägen, die infolge dessen eine ganz ungläubliche Steigerung erfuhr. Die Wägen war in Rom so sehr all. In der Zeit, als diese Kriegsgewinnler sich breit machten, mußte z. B. Sulla (87 bis 78 v. Chr.) als junger Mann für die von ihm in einem Privathause bewohnte Wohnung 450 Goldmark zahlen, während ein Freigelassener 500 Goldmark zu zahlen hatte. Und wenn man sich vergegenwärtigt, daß es schon damals seit alters in Rom Mietkassernen gab, so kann man berechnen, welches der Gewinn dieser Hausbesitzer war.

Die Entwicklung eines isolierten Affen

Welche Leistungen sind dem Menschen angeboren, was ist ihm triebhaft gegeben? Diese Frage, die Klarheit schafft über die Bedeutung von Anlage und Umwelt für die Entwicklung des Menschen, ist trotz ihrer Wichtigkeit außerordentlich schwer zu beantworten, weil der Mensch von einigen Aussehen erregenden Ausnahmen abgesehen, niemals ohne Mitmenschen aufgezogen wird. Hier wie vielfach muß die Anwendung der vergleichenden Methode, die Hinzuziehung der Ergebnisse der Tierpsychologie, Klarung schaffen.

Aber auch das Tier ist von seiner Geburt an allein ohne seinesgleichen schwer aufzuziehen. Es ist deshalb der Versuch von D. L. A. P. L. u. S. einen Affen fern von seinen Artgenossen sich entwickeln zu lassen, von weitestgehender Bedeutung. Ueber die Ergebnisse des Versuches, insbesondere über die Gebärdensprache des Versuchsaffen „Kajpar“ berichtet Pfungst, der seinerzeit durch die Entlarvung des „Augen Hans“ auch in Laienkreisen bekannt wurde, in der Berliner Physiologischen Gesellschaft.

Für die Aufzucht des Affen gewann man eine gut ausgebildete Säuglingspflegerin. Sie ernährte den Affen, der bei seiner Geburt

400 Gramm wog und kleiner war als ihre Hand, mit abgezogener Frauenmilch, der Kuhmilch zugesetzt wurde. Heute ist der Affe ein vier Kilogramm schwerer gesunder Keim von vier Jahren mit riesigen Körperkräften, der vor dem Menschen in keiner Weise Respekt zeigt. Im Gegensatz zu seinen Artgenossen lutscht der Affe am Däumchen, was der Vortragende aus eigenem nicht befriedigten Saugtrieb erklärte. Das in Freiheit aufgezogene Affenjunge hängt nämlich immer an der Brust der Mutter, auch wenn es nicht trinkt. Dieser Zustand war ursprünglich jedenfalls auch dem Menschen eigentümlich. Besonders bemerkenswert sind die Reaktionen der Angst bei dem Affen, die auf verschiedene Weise hervorgerufen werden können. Starres Fixieren oder den Anblick von Augen ähnlichen Dingen kann er nicht vertragen, da kam es noch heute vorzukommen, daß er am Däumchen lutscht. Bei gesteigerter Angst legt er sich wie seine Artgenossen platt auf den Bauch und stellt sich tot. Auch Wut äußert sich bei den in Freiheit lebenden Tieren, er gähnt mit weit aufgerissenen Rauten und zeigt kein menschenähnliches Gebiß. Eine Äußerungsbezeichnung beim Affen ist das „Lauten“, das aber kein Umlauten von Ungeziefer bedeutet, denn das Besitzt der Affe nur in seltenen Fällen. Zu laufen versteht „Kajpar“ ausgezeichnet, aber nicht das Gelauffwerden, bei dem die Artgenossen häufig in Trancezustände verfallen. Diese Zustände kommen auch häufig bei anderen Gelegenheiten bei dem Versuchsaffen vor, müssen also als normal bezeichnet werden, während sie beim Menschen pathologisch sind. Als Höflichkeitsbezeugung legte der Vortragende das Zeigen des Hintertelles aus, das für die Affen charakteristisch ist.

Besonders interessant war das Gegenüberstellen des 34-jährigen „Kajpars“ mit einem weiblichen Artgenossen, in dem sich ein Trieb zur Gruppe, ein sozialer Trieb, wie beim Menschen, offenbarte. Während er sich zuerst sehr schüchtern zeigte, wurde er um so froher, je zurückhaltender das Weibchen wurde; er trampelte sogar gewaltig.

Der Versuch zeigt ferner einwandfrei, daß alle Ausdrucksbewegungen angeboren sind, und daß die erste Jugend entscheidend ist für die Entwicklung des Tieres wie des Menschen und zwar um so mehr, je schneller sie vor sich geht. e. h.

Der Roman einer Ehe.

2] Von Frau Heilbul.

Wir haben uns einmal gesehen — es ist nun mehr als ein Jahr darüber gegangen. Damals sah ich an einem Aprilmorgen mit Jack im Park. Sie nahmen neben mir Platz. An Ihrer Seite war Ihre Frau.

In seinem Ausdruck bemerkte ich, daß er sich auf den Morgen noch gut besann — mich mit dem Hunde hatte er wohl gar nicht beachtet.

„Sie haben damals nicht acht auf Ihren Nachbarn. Man sieht es Ihnen an: Vieles kann an Ihnen vorbeigehen, neben Ihnen sitzen Aufenthalter haben — Sie aber bemerken das alles nicht. Leidenschaften sind in Ihnen. Damals bin ich denn Zeuge geworden, untreue, wie man zu sagen pflegt. Aber — um mir selber nicht Unrecht anzutun — ich hatte kaum bemerkt, daß ich mich in's Bertauschen vertoren hatte, als ich mich neben Ihnen erhob und ging. Aber in all der Zeit, die zwischen jenem Morgen und diesem Abend liegt, habe ich weder den Inhalt der damals gehörten Worte, noch den Ausdruck der neben mir von einer großen Frage bewegten Lippen vergessen. So kommt es auch, daß ich Sie im ersten Augenblick dieses Wiedersehens erkennen konnte.“

Der Arzt sah mit zusammengeblinnten Augen da, sein Kopf bewegte sich unmerklich, ununterbrochen, als ob er zitterte. Mir bewachte ich dies alles nicht sagen dürfen. Und ich fuhr fort: „Ich habe eine Hochachtung — Sie werden es kaum begreifen — vor jedem Schicksal, vor jeder Leidenschaft, vor jeder Handlung. — aus Leidenschaftlichkeit, vor jedem Wort, das von der Macht der Gefühle auf die Lippen getragen wird. Berzählen Sie ... ich weiß selber nicht, warum ich das sage.“

Er sah mich für einen Augenblick an und rückte verlegen auf dem Stuhl. Damit wußte ich, daß ich ihn nicht beleidigt hatte. „Trinken Sie keinen Wein?“ fragte er. „Wir könnten miteinander trinken.“ — „Keiner, ein Glas!“ —

„Ich heiße übrigens —“ sagte ich und nannte meinen Namen.

„Ich schenke Ihnen ein, wenn Sie erlauben. Ich möchte Ihnen etwas erzählen. Ich habe Vertrauen zu Ihnen. Ich habe noch nicht jemandem darüber gesprochen. Trinken Sie. Es wird Ihnen natürlich gleichgültig sein, was ich Ihnen erzählen will. Aber es handelt sich so in diesem Augenblick nur um mich, verstehen Sie, Sie dürfen mich darum nicht für einen hantelosen Menschen halten. Trinken

Sie doch. Es handelt sich um mich, ich fühle das ganz genau — ob ich bei Verstande bleiben soll oder nicht. Ich weiß, daß ich es länger nicht mehr in mir herumzutragen vermag. Nun, wenn ich es herausfagen kann — vielleicht befreie ich mich so davon. Großer Gott ... kann sich der Mensch von seinem Herzen befreien? Aber Kranke erlebigen sich eines Geheimnisses und sterben ruhig; der Schuldige verläßt den Belchstuhl und fühlt sich begnadigt. Die alte Sage erzählt von dem Diener, der sein Geheimnis in ein Loch hineinwirft, das er im Walde gegraben hat. Nun, ich will sagen: Das Leben befreit den Menschen, ja wohl, befreit, befreit. Ich brauche es in der Seele nicht auszuträumen, wenn ich es aussage vor Gericht. Warum trinken Sie nicht? Begreifen Sie doch, daß ich in diesem Zustand nicht zu Ihnen sprechen kann, wenn Sie nicht trinken.

Haben Sie damals auch erfahren, wie lange wir zusammen lebten — die Frau und ich? Als ich in diese Stadt kam, um die letzten Semester auf dieser Universität zu studieren, war mein Gemüt von Einsamkeit (und daraus resultierender Feindseligkeit gegen die Menschen) auf solche Weise zugerichtet, daß ich damals meinte, es könnte an Abend des Herzens kein entscheidender Grad erreicht werden. Mein Plan, den ich mir jeden Tag erneut in's Gehirn prägte, war: durch unnahegelegige Arbeitswut alles Mitleid mit mir selber und jene zerlehnende Grube über das Dasein zu unterdrücken. Aber, wie ich es zu nennen pflege: Man trägt es drinnen aus, was man sich fürchtet, herauszulassen, und was man nicht einmal vor sich selber zu sagen wagt, das vergiftet einen wie giftiges Gas. Es weicht überhaupt nicht mehr, es weicht in der Atmosphäre bei Tag und besonders bei Nacht.

Das ist jetzt fünf Jahre her. Damals also begegnete mich diese Frau — ich meine Klara. Und zwar war es in einem Augenblick, als ich im Garten der Universität aus meinem Buch in die Höhe sah. Es ist nichts weiter zu sagen, als daß ich wieder in's Buch hineinsah, wieder aufschah ... und grüßte ... obgleich ich sie noch niemals gesehen hatte. Und wie es den chronisch Traurigen zu geschehen pflegt, daß der helle Jubel über sie herfürzt wie plötzliche Sonne — drehte ich mich um, schenkte mein Buch und rief: „Ober ist es nicht erlaubt, eine Kollegin von der schönen Fakultät zu grüßen?“ — „Bravo, wie fein!“ rief sie. — Da waren wir schon heisener verlobt.

Die Stube, wo ich die entsetzlichen Stunden der Lebensunlust, auf dem Rücken liegend, zugebracht hatte, war mir zum Grauen geworden. Von jenem Abend an, als Klara mich zum erstenmal besuchte, wurde es anders. Ich propferte die Möbel, die wenigen, die dort standen, in ordentlicher Weise, ich reinigte selber den Tisch

und bat meine Wirtin, die Lampe zu puzen. Als ich eben dabei war, einige Bilder, die noch zu unterst im Koffer gelegen hatten, an die grüne Tapete zu nageln, klingelte es. Sie kam. Ich mußte gar kein Wort zu sagen, ich stand nur da. Klara fragte mich zu allererst, wie es um meinen Wäschevorrat stünde, ob der in gutem Zustande sei, was es zu flicken, zu stopfen gäbe. Sie übernahm Amt und Würden einer kleinen Mama. Dabei konnte sie gut über einer Röhrenarbeit sitzen und doch auf jedes Wörtchen achten, das ich sprach. Mitunter legte sie das Leinen oder den Wollestrumpf in den Schoß. Dann sah sie mich an — weil ihre Augen milde waren. Sie rieb die Lider mit der äußeren Hand und gähnte. Wenn sie mich dann ansah, mußte ich denken: Könntest du doch die Löcher in meinen Strümpfen vergessen! Für wen bewegen sich deine eisigen Hände? Für mich. Aber du selber bist nicht bei mir. Dein Blick geht gleichsam durch mich hindurch, als wäre ich Glas. In deiner Stimme ist ein Gesang wie die Sehnsucht nach fernen Ländern. Eine Prinzessin, gefangen, von allen Männern des feindlichen Volkes geliebt, hat eine Stimme wie du — sie muß immer an ihre Heimat denken. Nur wenn du Pläne ausspricht, die für die Zukunft bedeutsam sind, oder Erinnerungen, die in die Zukunft weisen, wird dein Auge glänzend und weit, und du hebst deine Stimme. Aber das Wort ist darum doch nicht an mich noch an sonst einen Menschen gerichtet. Es ist, als ob du dich mit deinem guten Glück selbst besprächst. Du kannst mich wohl leiden ... ob du mich wohl liebst?

Sehen Sie, ich stand morgens mit Liedern auf. Abend für Abend kam sie zu mir. Ihr Studium hatte sie aufgegeben. Sie hatte es mir mitgeteilt, wie etwas, das sich in diesem Falle von selber verstand. Sie wurde nicht müde, den Obliegenheiten nachzuspüren, die ein Mann so gerne von sich weiß. Sie wachte mir all meine Schwächen zu entlocken und lachte mir dann mit einem Blick so tief und freundlich in meine Augen, daß ich bestand wie ein Anode und sie doppelt liebte, bewundernd und schmerzhaft erregt von dem Glück meines Lebens.

Die kleinen Wege ging sie für mich, die längst schon fällig geworden waren. Sie ordnete Bücher und Papiere; verbrannte Briefe, die ich nicht anzusehen mich traute. Sie sorgte für Ermunterung durch Musik und Theater in meinem zurückgezogenen Leben. Sie war Abend für Abend an meiner Seite. Letzte ich bei der Lampe, so sah sie mir gegenüber und nähte. Wir teilten das Leben, Genuß und Sorge. Aber immer — wo ich das Leben an ihrer Seite wie Wüste Blumen in mich saugte — gingen ihre Blicke durch mich hindurch, ihre Stimme sang nach der Kerne.

(Schluß folgt.)

